Stand: 14.10.2026 15:17:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10094

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung II: Kosten des Bürgerbeauftragten (Kap. 02 03 Tit. 536 04)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10094 vom 19.02.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11322 des HA vom 10.03.2026
3. Beschluss des Plenums 19/11607 vom 21.04.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 21.04.2026 (EPL 2)

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 19.02.2026 **Drucksache** 19/**10094**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung II:
Kosten des Bürgerbeauftragten
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 02 03 wird der Ansatz im Tit. 536 04 (Kosten des Bürgerbeauftragten) für das Jahr 2026 von 96,9 Tsd. Euro um 96,9 Tsd. Euro auf 0 Euro gesenkt.

In Kap. 02 03 wird der Ansatz im Tit. 536 04 (Kosten des Bürgerbeauftragten) für das Jahr 2027 von 96,9 Tsd. Euro um 96,9 Tsd. Euro auf 0 Euro gesenkt.

Der Haushaltsvermerk entfällt.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Die Einrichtung von Regierungsbeauftragten, die sich aus den Reihen der Landtagsabgeordneten rekrutieren, ist bereits aus verfassungsrechtlicher Sicht höchst bedenklich, da sie das Prinzip der Gewaltenteilung berührt.

Mit diesem Haushaltstitel wird ein unnötiges Aufblähen von Verwaltungsstrukturen finanziert, eine Zusatzversorgung, die im Gegenzug vom Wohlwollen der Staatsregierung abhängig ist.

Die Aufgabe der Bearbeitung von Bürgeranliegen ist eine Querschnittsaufgabe, für die nicht ein zusätzlicher „Beauftragter“ benötigt wird.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 10.03.2026 **Drucksache** 19/**11322**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Berichterstatter: **Harald Kühn**
Mitberichterstatter: **Andreas Jurca**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 02 03 Tit. 687 53 wird der Ansatz
   in 2026
   von 10.716,6 Tsd. €
   um 50,0 Tsd. €
   auf 10.766,6 Tsd. €
   erhöht.
2. Bei Kap. 02 04 Tit. 686 03 wird der Ansatz
   in 2026
   von 207,8 Tsd. €
   um 400,0 Tsd. €
   auf 607,8 Tsd. €
   erhöht.
3. Bei Kap. 02 05 Tit. 893 01 wird der Ansatz
   in 2026
   von 61,4 Tsd. €
   um 20,0 Tsd. €
   auf 81,4 Tsd. €
   erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 02 01 und Kap. 02 02 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU),
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Interkulturelles Musikfestival: "Jerusalem-Bayern"
   (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
   Drs. 19/10107

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU),
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Gründerförderung für bayerische Nachwuchs-Filmproduktionsfirmen
   (Kap. 02 04 Tit. 686 03)
   Drs. 19/10108

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. und Fraktion (CSU)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Technische Investitionen der Akademie für Neue Medien
   (Kap. 02 05 Tit. 893 01)
   Drs. 19/10109

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 02 03 Tit. 536 03)
   Drs. 19/10089

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kosten des Bürgerbeauftragten
   (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 19/10090

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
   Drs. 19/10091

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 535 01)
   Drs. 19/10092

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung I: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 02 03 Tit. 536 03)
   Drs. 19/10093

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung II: Kosten des Bürgerbeauftragten
   (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 19/10094

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung III: Kosten des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe
   (Kap. 02 03 Tit. 536 05)
   Drs. 19/10095

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Ausgaben des Büros des Freistaates Bayern in Kiew
   (Kap. 02 03 Tit. 541 53)
   Drs. 19/10096

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Ausgaben des Bayerischen Afrikabüros in Addis Abeba
   (Kap. 02 03 Tit. 542 53)
   Drs. 19/10097

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, insbesondere der Eine-Welt-Arbeit
    (Kap. 02 03 Tit. 682 53)
    Drs. 19/10098

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
    (Kap. 02 03 Tit. 685 53)
    Drs. 19/10099

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Förderung der internationalen Beziehungen des Freistaates Bayern
    (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
    Drs. 19/10100

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
    (Kap. 02 03 Tit. 698 54)
    Drs. 19/10101

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Filmförderung I: Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
    (Kap. 02 04 Tit. 861 01)
    Drs. 19/10102

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Filmförderung II: Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen
    (Kap. 02 04 Tit. 861 02)
    Drs. 19/10103

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Filmförderung III: Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von internationalen und digitalen Filmproduktionen
    (Kap. 02 04 Tit. 861 03)
    Drs. 19/10104

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Förderung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Medienbereich
    (Kap. 02 05 Tit. 686 09)
    Drs. 19/10105

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Stärkung und Vernetzung des Medienstandorts
    (Kap. 02 05 Tit. 686 10)
    Drs. 19/10106

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 85. Sitzung am 10. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Ablehnung

   mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 1 zu 14/15/18/19-H 1108.10-1/66

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2026/2027

zum

Entwurf des Einzelplans 02

Bayerischer Ministerpräsident
und Bayerische Staatskanzlei

02 01 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen						
129 06-4 011	Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom	A		4,0	A		4,8
		B	+4,0		B	+4,8	
	Gesamteinnahmen	A	80,0	84,0	A	80,0	84,8
		B	+4,0		B	+4,8	
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A	80,0	84,0	A	80,0	84,8
		B	+4,0		B	+4,8	
	Gesamteinnahmen	A	80,0	84,0	A	80,0	84,8
		B	+4,0		B	+4,8	
	Personalausgaben	A	48.169,2	48.169,2	A	48.938,2	48.938,2
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	8.344,1	8.344,1	A	8.344,1	8.344,1
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	1.150,0	1.150,0	A	1.150,0	1.150,0
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	269,2	269,2	A	269,2	269,2
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	57.932,5	57.932,5	A	58.701,5	58.701,5
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	57.852,5	57.848,5	A	58.621,5	58.616,7
	Überschuss	B	4,0		B	4,8	

Erläuterungen

Zu 02 01/129 06
Der Titel dient dem Nachweis von Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom.

02 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 02

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
546 45-0 188	Umsatzsteuer *Vermerk unverändert.*	A B	2,4	2,4	A B	2,4 +0,8	3,2
	Gesamtausgaben	A B	11.283,5 -	11.283,5	A B	12.382,7 +0,8	12.383,5
	Abschluss						
	Personalausgaben	A B	12.240,8 -	12.240,8	A B	13.340,0 -	13.340,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	4.540,7 -	4.540,7	A B	4.540,7 +0,8	4.541,5
	Baumaßnahmen	A B	10,0 -	10,0	A B	10,0 -	10,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	1.676,6 -	1.676,6	A B	1.676,6 -	1.676,6
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-7.184,6 -	-7.184,6	A B	-7.184,6 -	-7.184,6
	Gesamtausgaben	A B	11.283,5 -	11.283,5	A B	12.382,7 +0,8	12.383,5
	Zuschuss	A	11.283,5	11.283,5	A B	12.382,7 0,8	12.383,5

Epl. 02 Bayerischer Ministerpräsident und Bayerische Staatskanzlei

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 02						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A	386,6	390,6	A	386,6	391,4
		B	+4,0		B	+4,8	
	Gesamteinnahmen	A	386,6	390,6	A	386,6	391,4
		B	+4,0		B	+4,8	
	Personalausgaben	A	60.650,8	60.650,8	A	62.519,0	62.519,0
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	32.298,8	32.298,8	A	33.523,5	33.524,3
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *6.295,0*	B	-		B	+0,8	
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *6.295,0*						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	54.957,2	54.957,2	A	55.051,6	55.051,6
		B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *12.559,0*						
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *12.559,0*						
	Baumaßnahmen	A	1.660,0	1.660,0	A	1.660,0	1.660,0
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	2.112,1	2.112,1	A	2.112,1	2.112,1
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	24.462,8	24.462,8	A	24.462,8	24.462,8
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *10.550,0*	B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *10.550,0*						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	-7.184,6	-7.184,6	A	-7.184,6	-7.184,6
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	168.957,1	168.957,1	A	172.144,4	172.145,2
		B	-		B	+0,8	
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *29.404,0*						
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *29.404,0*						
	Zuschuss	A	168.570,5	168.566,5	A	171.757,8	171.753,8
	Überschuss	B	4,0		B	4,0	

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.04.2026 **Drucksache** 19/**11607**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 02 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 02 03 Tit. 536 03)
   Drs. 19/10089, 19/11322

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kosten des Bürgerbeauftragten
   (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 19/10090, 19/11322

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
   Drs. 19/10091, 19/11322

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 535 01)
   Drs. 19/10092, 19/11322

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung I:
   Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 02 03 Tit. 536 03)
   Drs. 19/10093, 19/11322

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung II:
   Kosten des Bürgerbeauftragten
   (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 19/10094, 19/11322

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung III:
   Kosten des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe
   (Kap. 02 03 Tit. 536 05)
   Drs. 19/10095, 19/11322

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Ausgaben des Büros des Freistaates Bayern in Kiew
   (Kap. 02 03 Tit. 541 53)
   Drs. 19/10096, 19/11322

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Ausgaben des Bayerischen Afrikabüros in Addis Abeba
   (Kap. 02 03 Tit. 542 53)
   Drs. 19/10097, 19/11322

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, insbesondere der Eine-Welt-Arbeit
    (Kap. 02 03 Tit. 682 53)
    Drs. 19/10098, 19/11322

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
    (Kap. 02 03 Tit. 685 53)
    Drs. 19/10099, 19/11322

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Förderung der internationalen Beziehungen des Freistaates Bayern
    (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
    Drs. 19/10100, 19/11322

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
(Kap. 02 03 Tit. 698 54)
Drs. 19/10101, 19/11322

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Filmförderung I: Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
(Kap. 02 04 Tit. 861 01)
Drs. 19/10102, 19/11322

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Filmförderung II: Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen
(Kap. 02 04 Tit. 861 02)
Drs. 19/10103, 19/11322

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Filmförderung III: Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von internationalen und digitalen Filmproduktionen
(Kap. 02 04 Tit. 861 03)
Drs. 19/10104, 19/11322

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Förderung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Medienbereich
(Kap. 02 05 Tit. 686 09)
Drs. 19/10105, 19/11322

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Stärkung und Vernetzung des Medienstandorts
(Kap. 02 05 Tit. 686 10)
Drs. 19/10106, 19/11322

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Klaus Holetschek
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Toni Schuberl
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Katharina Schulze
Abg. Martin Böhm
Abg. Holger Grießhammer
Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Michael Hofmann
Abg. Stefan Frühbeißer
Abg. Josef Zellmeier
Staatsminister Dr. Florian Herrmann
Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Florian von Brunn
Abg. Volkmar Halbleib

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Haushaltsplan 2026/2027

Einzelplan 02

für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10089 und 19/10090)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10091 mit 19/10106)
Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/10107 und 19/10108)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drs. 19/10109)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 111 Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CSU-Fraktion Herr Kollege Klaus Holetschek das Wort.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind wichtige Tage, an denen diese Diskussionen hier im Plenum stattfinden. Der Haushalt ist der Kern unserer parlamentarischen Arbeit, und deswegen ist es wichtig, dass wir uns auch mit der Situation auseinandersetzen, in der wir diesen Haushalt beschließen.

Lassen Sie mich zu Beginn erst einmal dem Finanzminister, seinem Staatssekretär und den Haushaltspolitikern um Josef Zellmeier und Bernhard Pohl für die Vorarbeiten, die im Detail umfangreich waren, sehr herzlich danken. Ein herzliches Dankeschön auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe mir für den Anfang dieser Rede überlegt, in diesen schwierigen Zeiten, in denen die Menschen verunsichert sind, in denen wir merken, dass Vertrauen in die Politik fehlt, möglicherweise heute einmal an uns alle, inklusive der demokratischen Opposition, zu appellieren, gemeinsam diese Dinge anders zu diskutieren, als wir es vielleicht sonst tun. Als ich dann aber die Pressemitteilungen gelesen habe, die im Vorfeld von den GRÜNEN und der SPD verschickt worden sind, bin ich tatsächlich zu der Schlussfolgerung gekommen, dass Sie nicht ganz verstanden haben, in welchen Zeiten wir uns jetzt bewegen und was dafür notwendig und richtig ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir befinden uns in einer Zeit, in der wir gefordert sind, in der wir weg sind von einem "Wünsch dir was", in der wir Prioritäten setzen müssen, in der wir die Sorgen und Ängste der Menschen, den Wunsch der Wirtschaft und vieler anderer nach Verlässlichkeit und Planbarkeit, nach Sicherheit, Stabilität und Solidität aufnehmen müssen. Und das geben wir mit unserem Haushalt vor – ein Haushalt, der vom Anspruch geprägt ist, ohne Schulden auszukommen. Ich finde, das ist schon ein großes Zeichen in dieser Zeit. Wir haben in der Koalition um diese Frage gerungen: Sollen wir Schulden aufnehmen? Das Aufnehmen von Schulden ist ja wieder möglich. Wie kommen wir zurecht?

Ich will mich heute zuerst noch einmal beim Ministerpräsidenten bedanken, dass er in den Verhandlungen in Berlin auch das Thema des Sondervermögens mitverhandelt hat, das natürlich ein wichtiges Element für die Investitionen in die Infrastruktur und in die Sicherheit ist. Ich bin froh, dass wir in der Koalition zur Schlussfolgerung gekommen sind, diesen Haushalt ohne Schulden aufzustellen. Insofern ist dieser Haushalt ein Zukunftshaushalt, der auch für die zukünftigen Generationen angelegt ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch darum geht es in dieser Zeit. Wenn man so etwas macht, dann muss man auch unangenehme Entscheidungen treffen. Das sind Entscheidungen, die draußen konträr diskutiert werden, die aber notwendig und richtig sind. Die Menschen dürfen von uns erwarten, dass wir es uns nicht einfach machen, dass wir ringen, dass wir sie aber im Fokus behalten. Gerade in Bayern stehen wir, wenn wir Indikatoren von Sicherheit und anderen Themen anschauen, Gott sei Dank besser da als viele andere. Wir müssen dennoch jetzt für die Zukunft Vorsorge treffen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das tun wir ganz stark mit einem Dreiklang aus Investition, Reform und Konsolidierung. Eine Investitionsquote von 17 % ist ein starkes Signal. Wenn jeder dritte Euro in Bildung oder Wissenschaft fließt, wenn Milliarden von Euro in Wohnraum investiert werden, wenn wir in die Infrastruktur investieren, dann tun wir genau das Richtige, um dieses Land zukunftsfest zu machen, um es auf die Zukunft auszurichten und um sprichwörtlich einen starken Pflock einzuschlagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nach dem unsäglichen Auftritt des Kollegen Schuberl in der letzten Sitzung habe ich mich gefragt, ob es nicht angemessen wäre, wenn Sie sich heute beim Ministerpräsidenten für diese richtungsweisenden und zukunftsweisenden Weichenstellungen der Bayerischen Staatsregierung für den Freistaat Bayern bedanken würden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist aber wahrscheinlich zu viel verlangt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): "Vielen Dank!" Und Mahlzeit!)

Wir investieren kräftig und reformieren. Wir müssen diesen Staat jetzt reformieren. Wir müssen an die Wurzeln gehen. Aktionismus allein bringt nichts. Wir werden eine

tiefgreifende Staatsreform brauchen. Sie wird auch wehtun. Wenn wir jetzt nicht in die Frage der Zuständigkeiten, in die Frage der Auswirkungen der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz, in die Frage der Ressourcen tief reingehen, dann werden wir in diesen Fragen die Zukunft nicht erreichen. Deswegen muss von dieser Legislatur und nicht nur von diesem Haushalt die Botschaft ausgehen: Wir reformieren den Staat. Wir deregulieren. Wir entfesseln den Staat und geben den Menschen wieder mehr Eigenverantwortung und mehr Vertrauen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir tun das in vielfacher Art und Weise. Ich bedanke mich nicht nur bei Walter Nussel und der Enquete-Kommission, bei Steffen Vogel und den Parteien, die dort konstruktiv zusammenarbeiten, wie ich weiß. Wir tun das auch bei der Frage der Staatsmodernisierung, die unter der Leitung von Florian Herrmann beraten wird, und im Einfach-mal-machen-Gesetz.

Ich wiederhole: Diese Botschaft "einfach mal machen" muss noch viel mehr durchdringen. Wenn wir das Einfach-mal-machen-Gesetz voraussichtlich am 16. Mai 2026 verabschieden, hoffe ich, dass viele diesen Grundsatz beherzigen und dass diese Botschaft "einfach mal machen" im Land fußt. Wir wollen allen den Rücken stärken, die das tun, mutig sind und Verantwortung übernehmen. Wir haben so viele großartige Menschen, die auf unser Startsignal, "einfach mal machen" warten.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Tut, was ihr könnt. Wir vertrauen euch. Unsere Gesellschaft braucht einen mentalen Wechsel – nicht nur in der Verwaltung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss ein geistiger Wechsel sein zu mehr Vertrauen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen konsolidieren – auch das ist wahr. Wir müssen sparen. Es hat niemand Freude an Beschlüssen, die nicht so einfach waren. Wir haben uns viel überlegt. Ich

weiß, dass die Entscheidung zum Familiengeld viele belastet hat. Auch ich habe, wie viele andere Kolleginnen und Kollegen auch, E-Mails bekommen. In diesen E-Mails hieß es: Was passiert denn da jetzt? Muss das sein? Lasst ihr uns im Stich? – Es ist richtig zu entscheiden und Verantwortung zu übernehmen. Es ist richtig, zu erklären: Wir müssen die Träger stärken. Wir können nicht alles beliebig zusätzlich draufsetzen. Liebe Freunde, wir werden auch nicht jedes Problem mit einem neuen Förderprogramm beantworten können, sondern müssen jetzt wieder darangehen, mehr zu priorisieren und den Menschen mehr zuzutrauen und die Mittel richtig und sinnvoll einzusetzen.

Deswegen haben wir diese Entscheidungen gefällt, und zwar auch bei den Beamtinnen und Beamten. Ich will an dieser Stelle klarstellen: Wir stehen zum Beamtentum. Wir stehen zur Leistung der Beamtinnen und Beamten im Freistaat. Wir mussten aber auch bei ihnen eine Entscheidung treffen, damit wir einen Haushalt haben, der solide und stabil ist. Die Beamtinnen und Beamten haben ihren Beitrag erbracht. Dafür möchte ich ihnen an dieser Stelle herzlich danken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage euch aber auch: Beim Konsolidieren müssen wir auch an uns selber herangehen. Die Menschen erwarten nicht, dass wir jede Frage beantworten und, wenn es eng wird, mit einer Steuererhöhung antworten, sondern die Menschen erwarten, dass wir uns in der Frage beschränken, wie viel Personal wir brauchen. Wir, die Staatsregierung mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze, haben ein Moratorium in Gang gesetzt. Wir sagen: Wir können den Staatsapparat nicht immer weiter aufblähen. Wir müssen auch bei solchen Fragen abwägen. So zu verfahren, ist richtig und ehrlich und am Ende des Tages auch gerecht. Meine Damen und Herren, deswegen müssen wir das Konsolidieren ernst nehmen und auch bei uns, im Staatsapparat, konsolidieren, reformieren und investieren. Dieser Haushalt verwirklicht das in einer Art und Weise, dass ich sagen kann: Er ist in dieser schwierigen Zeit eine gute Botschaft für die Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir lassen niemanden im Stich. Der Sozialstaat wird auch weiterhin funktionieren. Auch bei uns im Land ist das ein wichtiges Thema. Wir lassen die Menschen nicht im Stich und sagen ihnen: Der Staat ist da. Es ist aber wichtig, den Sozialstaat neu zu definieren, ihn auf seinen Kern zurückzuführen, und zwar für die Menschen, die einer Hilfe bedürfen. Wir wollen auch weiterhin helfen, und zwar mit einem großen Einsatz, auch wenn wir manche Entscheidungen zurückgestellt haben. Als ich das letzte Mal hier im Plenum gestanden habe, habe ich das erklärt. Ich habe daraufhin viele E-Mails bekommen, die mich berührt haben. Mir haben Menschen geschrieben, die gefragt haben: Warum lasst ihr uns hängen? Ihr habt es doch mal in den Raum gestellt. – Sie fordern dazu auf: Lasst uns nicht allein. – Wir werden niemanden alleinlassen. Wenn man Entscheidungen in einem Moment aber nicht treffen kann, dann gehört das auch dazu. Das heißt dann aber nicht, dass sich die Botschaft ändert, sondern dass wir an den Themen dranbleiben. Wir als CSU und CSU-Landtagsfraktion werden das erst recht tun, weil das unsere DNA ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir müssen diese Themen weitertransportieren. Von diesem Haushalt geht auch ein Zeichen in die ganze Bundesrepublik aus. Wir wissen, dass wir im Bund vor großen Reformen stehen. Wir merken das jeden Tag. Ich sage Ihnen klipp und klar: Die Menschen dürfen von uns erwarten, dass wir nicht nur erklären, warum etwas schwierig ist, sondern wir werden daran gemessen, was wir tun, obwohl es schwierig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Handlungsfähigkeit und die Problemlösungsfähigkeit des Staates von den Menschen in Frage gestellt werden, dass sie fragen: Was passiert denn da? – Alle miteinander draußen spüren den Vertrauensverlust. Dem müssen wir entgegentreten.

(Zuruf der Abgeordneten Sanne Kurz (GRÜNE))

Deswegen brauchen wir diese Reformen jetzt auch im Bund. Wir brauchen aber Reformen, die am Ende des Tages gerecht sind. Wenn wir den Menschen etwas abverlangen – da können wir gerade jetzt bei der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung über vieles reden –, dann muss auch der Staat seiner Verpflichtung nachkommen, wenn es um die Frage versicherungsfremder Leistungen geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will von diesem Platz aus sagen: Man kann von niemandem verlangen, dass er Einschnitte hinnimmt. Viele Menschen sind aber bereit, Einschnitte hinzunehmen, wenn man ihnen ehrlich sagt: Es ist jetzt eng. Wir müssen zusammenhalten. Es wird dann aber wieder besser werden. – Dazu braucht man aber auch Gerechtigkeit, dass auf der anderen Seite Dinge nicht in die falsche Richtung laufen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Die Mütterrente ist eine versicherungsfremde Leistung!)

Ich appelliere jetzt schon: Wenn die Pflegereform kommt – ich wiederhole: Die Pflege ist eine Schicksalsfrage der Generationen –, sollte dort genau dasselbe getan werden. Versicherungsfremde Leistungen haben nichts bei den Ausgaben aus den Beiträgen zu suchen, sondern sie müssen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus den Steuern finanziert werden. Das ist die Botschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Die Mütterrente ist eine versicherungsfremde Leistung!)

Deswegen, glaube ich, stehen wir heute hier tatsächlich in dieser Haushaltsdebatte vor einem soliden, einem guten Haushalt, der auf die Zukunft ausgerichtet ist, auf einen Zukunftsplan für Bayern: Investitionen in Hightech, in Innovationen, in Arbeitsplätze, in Wirtschaft, Verlässlichkeit und Planbarkeit. Wir treffen Entscheidungen, die nicht angenehm sind, aber wir stehen zu ihnen, weil sie notwendig sind. Wir übernehmen Verantwortung in schwierigen Zeiten.

Ich habe mir vor Kurzem einmal eine Rede angeschaut, die im April 1997 gehalten wurde. Ganz spannend, wenn man sich diese Rede und die Überschriften einmal durchliest: Im Land – da geht es um die Bundesrepublik Deutschland – Pessimismus und Reformunfähigkeit, Schwarzmalerei und Blockaden. Die Wirtschaft und die Arbeit müssten wieder stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Deregulierung und Strukturpolitik seien notwendig.

Ich glaube, ihr wisst alle, von wem diese Rede im April 1997 war. Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen. Das war die Aussage des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog.

Ich sage Ihnen: Der Ruck muss jetzt kommen. Wir in Bayern leisten mit diesem Haushalt schon jetzt unseren Beitrag dazu, bei den Menschen zu sein, für die Menschen für Stabilität zu sorgen, uns zu kümmern, ihre Probleme zu lösen und damit auch einen Beitrag zur Stabilität unserer Demokratie zu leisten.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die AfD-Fraktion spricht als Nächste die Kollegin Katrin Ebner-Steiner.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Haushalt wird in stürmischen Zeiten aufgestellt, und ich will das kurz einordnen.

Wir stehen inmitten einer neuartigen Migrationskrise von historischem Ausmaß: eine Massenflucht, die wegen ihrer Größe und wirtschaftlichen Konsequenzen

(Robert Brannekämper (CSU): Reden Sie jetzt zum Haushalt? Wäre eine gute Idee!)

die negativen Folgen der Asylkrise seit 2015 noch deutlich übertreffen wird.

(Unruhe – Zuruf des Abgeordneten Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER) – Glocke der Präsidentin)

Die neuen Flüchtlinge fliehen aus einem Land, dessen Regierung Wirtschaft, Bildungssystem und öffentliche Sicherheit ruiniert, das die Einheimischen mit riesigen Steuerlasten und unerträglichen Energiepreisen auspresst.

Die öffentliche Meinung wird über Staatsmedien manipuliert. Regierungskritiker werden systematisch mit Strafverfahren und Hausdurchsuchungen überzogen. Millionen Fremde werden im Sozialsystem mit sauer verdientem Steuergeld zwangsfinanziert. Auf deutschen Straßen herrscht mittlerweile die rohe Gewalt.

(Zuruf: Zur Sache!)

Antisemitische Aufmärsche, 80 Messerangriffe am Tag, 730 Gruppenvergewaltigungen im Jahr, Terrorangriffe in Zügen und auf Festen.

Das ist nicht das Land, in dem wir gut und gerne leben. Das ist das Ergebnis Ihrer gescheiterten Politik.

(Beifall bei der AfD)

In den Jahren 2024 und 2025 haben jeweils rund 1,26 Millionen Menschen unser Land verlassen. Nach Abzug der anhaltend hohen Zuwanderung ergibt sich eine Nettoabwanderung von gigantischem Ausmaß, nämlich von rund 540.000 deutschen Staatsbürgern. Deutsche Staatsbürger fliehen aus Deutschland.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie fliehen vor der AfD!)

Das ist eine Abstimmung mit den Füßen. Das ist, als wären alle Einwohner von Augsburg, Ingolstadt und Rosenheim in nur zwei Jahren gemeinsam ausgewandert. Vor allem Leistungsträger und hochgebildete Deutsche verlassen massenhaft das Land,

(Michael Hofmann (CSU): Dann können Sie noch ewig hierbleiben!)

und das Problem beschleunigt sich. 41 % der jungen Menschen können sich vorstellen auszuwandern. Mehr als jeder Fünfte plant es konkret. Experten sprechen mittlerweile von einer zweiten Migrationskrise, nur dass diesmal nicht zu viele kommen, sondern zu viele fliehen; zu viele fliehen, die Wohlstand hier bei uns schaffen, und Armutsflüchtlinge bleiben, die Wohlstand vernichten.

Die Hauptfluchtgründe der Deutschen:

(Patrick Friedl (GRÜNE): Vor der AfD!)

Steuerlast, Massenzuwanderung von Sozialleistungsforderern, Zerstörung der sicheren Energieerzeugung, erstickende Bürokratie und Billionenschulden, die unsere Kinder und Kindeskinder nachhaltig belasten. All das haben Sie zu verantworten.

(Robert Brannekämper (CSU): Reden Sie bitte mal zum Haushalt! Wir reden über den Haushalt, Frau Kollegin!)

Diese Staatsregierung hebt nun mit dem vorliegenden Haushalt die Wählertäuschung auf eine ganz neue Ebene. Sie reden von einer schwarzen Null. Diese kann aber nur mithilfe der Billionen an Bundessteuern gehalten werden. Wir Bayern zahlen sie aber über die Gemeinschaftsteuern mit.

Ihre angekündigten Schuldentilgungen bleiben weit hinter dem ursprünglichen Versprechen zurück. Allein die Tilgung Ihrer Corona-Schulden würde noch fast 200 Jahre dauern. Ihr selbst ausgerufenes Ziel "Bayern schuldenfrei bis 2030" gehört in die Rubrik Söders Märchenstunde.

(Zuruf: Seehofer!)

Jahrelang haben Sie die kommunale Infrastruktur kaputtgespart, um damit vermeintlichen Klimaschutz und illegale Zuwanderung zu finanzieren. Und auch diesmal gibt der Freistaat wieder 5,3 Milliarden Euro für Asyl und Integration aus; denn dafür haben Sie immer Geld – zulasten unserer bayerischen Familien.

Ihre Kehrtwende beim Familiengeld, beim Krippengeld und beim Kinderstartgeld hat viele Familien hier bei uns in Bayern eiskalt erwischt, die mit den Zahlungen für das nächste Jahr geplant hatten. Damit zerstören Sie den Spielraum unserer Familien, für die Betreuung ihrer Kinder selbst zu sorgen und frei zu entscheiden. Das ist ein Schlag ins Gesicht unserer bayerischen Familien.

(Beifall bei der AfD)

Und Herr Holetschek, wir sparen nicht bei der eigenen Bevölkerung, schon gar nicht bei unseren Familien, bei unseren Kindern; denn unser Geld ist für unsere Leute da.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben gar nichts zu entscheiden, also können Sie auch nicht sparen! Was wollen Sie denn?)

Sie reden von Entbürokratisierung, haben aber innerhalb von acht Jahren mehr als 100.000 Staatsbedienstete mehr eingestellt und faktisch gar nichts dereguliert. Insgesamt arbeiten in Bayern rund 776.000 Menschen im öffentlichen Dienst. Der Staatssektor ist damit der größte Arbeitgeber im Land.

Statt mutiger Reformen, die so dringend nötig wären, ist die Staatsregierung mit der Nagelfeile unterwegs. Von 2015 bis 2025 wurden aus dem Staatshaushalt rund 24 Milliarden Euro für illegale Einwanderung ausgegeben, während die Wirtschaft das vierte Jahr in Folge schrumpft, Unternehmen abwandern oder Insolvenz anmelden, auch und vor allem wegen der katastrophalen Energiepolitik.

In der "Neuen Zürcher Zeitung" beweinen Sie, Herr Söder, mit Krokodilstränen den Ausstieg aus der Kernkraft. Sie bezeichnen das Verbrenner-Aus als das größte politische Eigentor der jüngeren europäischen Geschichte. Sie beklagen, dass man in Deutschland nicht einmal mehr über modernste Kernkraftanlagen nachdenkt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Doch war es nicht Markus Söder, der damals als bayerischer Umweltminister mit Rücktritt gedroht hat, wenn Deutschland nicht aus der Kernkraft aussteigen würde?

Herr Ministerpräsident, die gegenwärtige Krise ist die direkte Folge Ihrer Politik, die Sie Seit‘ an Seit‘ mit Ihren rot-grünen Klimaklebern jahrzehntelang an vorderster Front betrieben haben.

(Beifall bei der AfD)

Wo auch immer man hinschaut: Die CSU schreibt AfD-Positionen ab, allerdings ohne nur eine einzige Forderung ernsthaft umzusetzen.

(Heiterkeit bei der AfD – Unruhe bei der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Unverfroren!)

Da beklagen Sie den Spitzensteuersatz und die Erbschaftsteuer. Aber Sie regieren doch seit Jahrzehnten im Bund. Warum handeln Sie nicht endlich?

Sie beklagen den hohen Länderfinanzausgleich mit 11,7 Milliarden Euro für 2025. Unsere fleißigen bayerischen Bürger tragen 60 % des gesamten Ausgleichsvolumens. Das muss doch ein Bayerischer Ministerpräsident wie ein Löwe anprangern, wenn er in Berlin ist; denn es muss gelten: Bayern zuerst! Das ist das Credo eines Bayerischen Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Das sehen die AfDler in Thüringen genauso, gell?)

Sie, Herr Söder, haben sich mit dem rot-grünen Gesinnungsapparat der Deutschland-abschaffer und Klassenkämpfer – Fluchtursache Nummer eins für alle deutschen Leistungsträger – in eine Beute- und Machtgemeinschaft eingebrandmauert. Sie können und werden nichts wirklich ändern, weil Sie von der Splitterpartei SPD mit ihren 13 Umfrageprozenten am Nasenring durch die Politmanege geführt werden.

Die Mehrheiten für eine bessere Politik sind da. Doch es fehlt allein Ihr Wille. – Es muss endlich ein Ruck durch diese Union gehen.

Wie gut vorbereitet Sie als Ministerpräsident auf die Probleme dieses Landes sind, gaben Sie kürzlich ganz unverblümt zu Protokoll – Zitat –: "Manchmal schaut man morgens auf sein Handy und denkt: Das gibt es ja nicht, was da in der Welt schon wieder los ist." – Zitatende. Vielleicht sollten Sie einfach einmal nicht auf dem Handy scrollen, sondern mit ganz normalen Leuten reden oder sich nachts um eins auf den Bahnhofsplatz einer bayerischen Kleinstadt setzen. Dann wüssten Sie nämlich, was in Bayern los ist.

Stattdessen lenken Sie davon ab, dass es die CSU war, die unter Ihrer Führung bei den bayerischen Kommunalwahlen vom Wähler so richtig abgewatscht wurde. Lernen Sie endlich daraus: Bayern braucht kein politisches Konjunkturprogramm für die FREIEN WÄHLER, sondern Lösungen für die dringend zur Lösung anstehenden Probleme in unserem Land!

(Beifall bei der AfD)

Ihr Kampf gegen unsere Alternative für Deutschland ist in Wahrheit ein Angriff auf die Demokratie und auf die Meinungsfreiheit. Die Diffamierung der Opposition, die Ausgrenzung von Andersdenkenden, der Gleichlauf der Medien und die Zensur durch den Digital Services Act und Meldeportale bedrohen unsere Meinungsfreiheit im Kern. Die Bürger wissen das. Deshalb ist die Alternative für Deutschland heute mit 27 % in den Umfragen stärkste politische Kraft in Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

Und ich sage Ihnen eines: Wir sind bereit, und wir sind vorbereitet. Wir sind vorbereitet, Verantwortung zu übernehmen; denn Wohlstand, Sicherheit und Freiheit gibt es nur mit der AfD. Unser Bayern und Deutschland zuerst!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Toni Schuberl das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Frau Ebner-Steiner, Sie haben gerade vorher den Fortzug aus Deutschland beklagt, haben das als große Flüchtlingskatastrophe bezeichnet und haben da Zahlen genannt, ich glaube, es waren 1,3 Millionen oder 1,2 Millionen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass davon drei Viertel Ausländer sind. Drei Viertel von denjenigen, bei denen Sie beklagen, dass sie abwandern, sind Ausländer. Da sind Abschiebungen mit drin, da sind freiwillige Ausreisen mit drin.

(Zurufe von der AfD)

Beklagen Sie jetzt wirklich, dass Ausländer aus Deutschland abwandern, oder benutzen Sie diese Zahlen nur, um Stimmung zu machen? Es sind nämlich im Saldo nur ungefähr 100.000 Deutsche aus Deutschland weggezogen. Da sind auch die umfasst, die irgendwo ein Auslandssemester machen oder einen entsprechenden Arbeitsplatz gefunden haben. Sie stilisieren hier etwas zu einer Fluchtkatastrophe hoch, was eigentlich nur den Wegzug von Ausländern betrifft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin Ebner-Steiner.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Vielen Dank, Herr Schuberl, für diese Frage. Es sind im Saldo 540.000 Deutsche, die auswandern.

(Zurufe von den GRÜNEN: 100.000!)

Ich finde es sehr interessant, dass Sie einen Unterschied machen zwischen deutschen Staatsbürgern.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Für mich ist jeder Staatsbürger gleich. 540.000 deutsche Staatsbürger innerhalb von zwei Jahren, Leistungsträger, ist eine sehr hohe Zahl, die wir selbstverständlich beklagen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun der Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift dieser Generalaussprache heißt "Vertrauen". Vertrauen ist die Währung in der Politik, die draußen ankommt und die uns die Legitimation gibt, hier für die Menschen draußen zu wirken. Vertrauen heißt, die Menschen müssen sich mitgenommen fühlen. Wir müssen ihnen Halt geben. Wir dürfen nicht getrieben sein von Krisen. Solange die meisten Menschen sagen, ich teile zwar nicht jede Auffassung, aber ich fühle mich gut aufgehoben, sind wir von diesem Vertrauen getragen. Wenn das schwindet, dann werden Dinge unberechenbar.

Halt geben heißt Kurs halten. Und das tut dieser Haushalt. Ich darf an dieser Stelle dem Finanzminister stellvertretend für alle Ressortminister und natürlich dem Ministerpräsidenten, aber auch den Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses ganz herzlich danken. Wir haben gemeinsam einen Haushalt ohne Neuverschuldung hinbekommen. Damit halten wir Wort. Das ist es, was wir tagein, tagaus draußen sagen: Wir wollen keine Schuldenorgie. Wir wollen verantwortungsvoll mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgehen. Das tun wir auch, trotz eines ungerechten Finanzkraftausgleichs, den wir endlich mal kraftvoll reformieren müssen. Da appelliere ich an alle Kräfte in diesem Haus – es gibt ja auch Länder, wo Rot-Grün regiert –, dass wir uns hier zu einem vernünftigen Konsens durchringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe drei generelle Punkte, die unser Handeln leiten müssen. Wir müssen erstens die Leistungsträger in unserer Gesellschaft stärker in den Blick nehmen. Umverteilung ist notwendig, aber sie hat Grenzen. Insbesondere – da appelliere ich auch an die SPD – muss es gerecht zugehen. Gerecht zugehen heißt aber nicht, das meiste denen, die wenig haben, und diejenigen, die viel haben und viel leisten sollen, am allermeisten, sollen am besten noch immer mehr abgeben. Ich glaube, dass die meisten von denen, die gut verdienen und hier den Karren ziehen, auch dazu bereit sind. Aber sie müssen sehen, dass das Geld vernünftig ausgegeben wird und nicht irgendwo versickert in solchen Szenarien wie bedingungslosem Grundeinkommen oder bedingungslosem Grundeinkommen light – ist gleich Bürgergeld in der noch jetzigen Form.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zweiter Punkt: Eigenverantwortung statt Bevormundung. Ich unterstreiche das, was der Kollege Holetschek gesagt hat, hier ausdrücklich. Eigenverantwortung statt Bevormundung: Wir müssen den Menschen einerseits mehr Freiheit geben, deswegen Bürokratieabbau, Absenkung von Standards etc. Aber diese Spielräume müssen andererseits auch genutzt werden. Es darf sich dann auch keiner in die Hängematte legen und sagen, die werden schon machen.

Der dritte Punkt: Wir müssen uns wieder stärker um die Mitte der Gesellschaft kümmern und nicht jeden Tag darüber nachdenken, welche Minderheit wir der Mehrheit noch gleichstellen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Genau diesen Zielen ist unser Haushalt verpflichtet. Ich sage immer, die Zukunftsressorts sind Bildung, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft. Erster Punkt. Bildung: Ausbildung von Verantwortungsträgern, Frau Staatsministerin. Unsere Staatsministerin Anna Stolz hat sich das zur Aufgabe gemacht: Ausbildung von Verantwortungsträgern. Da bin ich bei dem Punkt "Eigenverantwortung statt Bevormundung". Wenn ich

es nicht gelernt habe – ich sage nur DDR –, dann werde ich es auch im Erwachsenenalter nicht hinbekommen.

Zweiter Punkt: Wissenschaft und Forschung. Ja, wir haben einen technologischen Vorsprung vor anderen Ländern. Aber es gibt viele, die uns im Nacken sitzen: Indien, China etc. Wenn wir vorne bleiben wollen, müssen wir natürlich in Wissenschaft und Forschung investieren. Das tun wir auch, Herr Ministerpräsident: Hightech Agenda. Sie und Ihr Stellvertreter Hubert Aiwanger haben das auf das Gleis gebracht, was ein knappes Jahrzehnt später der Bund endlich umsetzt. Endlich. Ein Jahrzehnt haben wir in Deutschland verloren. Wir in Bayern waren Gott sei Dank schneller dank einer von den Regierungsfraktionen getragenen Staatsregierung, die sich um die Probleme kümmert, nicht um Befindlichkeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der dritte Punkt ist Wirtschaft. Jetzt sage ich es mal landwirtschaftlich: Bildung und Wissenschaft und Forschung sind die Saat. Wirtschaft ist die Ernte. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen, die wir hier gut ausbilden, auch hierbleiben. Da gibt es viele Punkte, die wir beachten müssen. Ich bin sehr froh, dass wir ein Wirtschaftsministerium haben, das genau darauf schaut und nicht Scheindebatten führt. Allerdings muss flankierend eine Steuerreform kommen, die es attraktiv macht, dass die Leistungsträger hier im Land bleiben.

Frau Kollegin Ebner-Steiner, da ist es mir zunächst einmal eher egal, ob bei den Leistungsträgern dann auch so und so viel Prozent nicht aus Deutschland kommen. Ich denke, die gute Mischung macht es. Ich bin immer etwas überrascht, dass ausgerechnet Sie immer die einen gegen die anderen ausspielen. Ich weiß gar nicht, wie Sie das in Ihrer Fraktion machen.Sie haben ja auch einige Migranten in Ihrer Fraktion. Aber ich will es wahrscheinlich gar nicht wissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, neben diesen Zukunftsthemen müssen wir auch dafür sorgen, dass wir einen gesellschaftlichen Zusammenhalt haben, und gesell-

schaftlicher Zusammenhalt heißt nicht, die einen gegen die anderen auszuspielen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt, dass man von allen etwas einfordern kann. Wenn sich einer in die Hängematte legt oder wenn einer meint, er müsste den Rechtsstaat nach seinen Formen leben, sprich kriminell werden, dann muss er auch die Konsequenzen tragen. Da sind wir als Regierungskoalition sehr klar.

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir mit Joachim Herrmann den längst gedienten Innenminister Deutschlands im bayerischen Kabinett haben. Das kommt ja nicht von ungefähr, dass er so lange im Amt ist. Natürlich kommt es auch daher, dass CSU und FREIE WÄHLER bzw. die CSU allein schon relativ lange regieren und das Vertrauen der Bevölkerung genießen. Aber auch individuell ist das schon ein Zeichen besonderer Klasse. Deswegen herzlichen Dank an Joachim Herrmann und die bayerische Polizei für ihre tolle Arbeit für die Menschen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sicherheit definiert sich nicht nur durch Innenpolitik, sondern auch die äußere Sicherheit ist nachhaltig gefährdet. Wo ist die äußere Sicherheit in Bayern angedockt? – Natürlich bei der Staatskanzlei. Wir haben einen Minister in Doppelfunktion. Er ist Staatskanzleichef und "Verteidigungsminister". Wir haben zwar keine eigene Armee, aber – und das kann ich jetzt schon sagen; denn Florian Herrmann und ich sind seit 2008 in diesem Parlament – im Bereich Sicherheit und Verteidigung hat es in diesen Jahren niemand gegeben, der auch nur ansatzweise an die Leistung von Florian Herrmann hingeschmeckt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich bitte, das auch den Mitarbeitern so zu kommunizieren. Die machen einen tollen Job. Übrigens hat die Staatskanzlei – das sollte man an dieser Stelle auch mal sagen – einen Haushalt, der knapp unter dem Etat der Stadt Kaufbeuren liegt, und dafür leistet ihr eine ganze Menge im Bereich Verteidigung, im Bereich Bund und im Bereich Europa,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

und das auf allerhöchstem Niveau.

Noch ein Punkt – auch das gehört zur Staatskanzlei –, die Außenrepräsentationen, das heißt die bayerischen Vertretungen. Da möchte ich eine herausgreifen – gestatten Sie mir das –, weil sie mir auch persönlich sehr am Herzen liegt: Das ist die Repräsentanz in Prag. Ich durfte am 4. Dezember 2014 mit dabei sein, als Premierminister Nečas und der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer diese Repräsentanz eröffnet haben. Ich sage, sie ist sinnbildlich für eine Aussöhnung von Bayern und Böhmen. An dieser Stelle sage ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, ganz persönlich und auch Ihrem Vorgänger Horst Seehofer als Sohn eines Heimatvertriebenen ganz herzlichen Dank für das, was Sie hier geschaffen haben. Das ist gelebte Friedenspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, kein Ostermarsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist gelebte Friedenspolitik, das ist ein Best-Practice-Beispiel auch auf dieser Ebene. Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank allen anderen, die sich hier verdient gemacht haben: Josef Zellmeier, der nicht nur als Vorsitzender des Haushaltsausschusses den Haushalt hervorragend managt, sondern auch vertriebenenpolitischer Sprecher ist, und viele andere mehr. Ganz herzlichen Dank an dieser Stelle!

Mit diesem Ausblick möchte ich meine Rede schließen: Vertrauen heißt, die Menschen mitzunehmen. Vertrauen heißt, den Menschen das Gefühl zu geben, sie sind hier in Bayern durch die Staatsregierung, durch den Landtag gut aufgehoben. Deswegen habe ich durchaus auch Anlass, der Opposition für gute, zielführende Verhandlungen zu danken. Man ist nicht immer einer Meinung, das ist doch klar. Das wäre ja auch schlimm, wenn wir alle einer Meinung wären. Dann würden wir irgendwo im finsteren Sozialismus leben. Gott sei Dank ist das nicht der Fall. Danke für die gute Arbeit! Ich

freue mich auf gute Beratungen und am Ende eine hoffentlich breite Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Katharina Schulze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katharina Schulze (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern 2026 ist ein Land, das immer noch Öl aus Kasachstan bezieht, wohlgemerkt durch eine russische Pipeline. Diese neue Energieabhängigkeit wird dann auch noch als Energiesicherheit verkauft. Bayern 2026 ist ein Land, in dem die Mieten schneller steigen als die Gehälter. Bayern 2026 ist ein Land, in dem der Bundesnachrichtendienst und das Auswärtige Amt vor Klimaextremen warnen: Winter wie in Island, Dürren wie in Spanien. Aber die Staatsregierung kämpft weiter dafür, dass der Verbrenner noch viele Jahre zugelassen wird, und verschiebt das Klimaziel nach hinten.

Aber gleichzeitig ist Bayern 2026 auch das: das Land der Familienunternehmen, der Handwerksbetriebe, der Tüftlerinnen und Tüftler, das Land der freiwilligen Feuerwehren, der Sportvereine und der Nachbarschaftsinitiativen; ein Land, in dem Menschen zusammenhalten, in dem Ehrenamt trägt, in dem Tatkraft da ist.

Wenn wir das jetzt mal zusammentun, dann kann man doch klar sagen: Wie viel wäre denn in diesem Land möglich, wenn wir es von politischer Seite aufwecken würden? Aber dieser Haushalt, den Sie als Staatsregierung vorgelegt haben, wirkt eher wie ein Schlafmittel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klaus Holetschek hat ja gefordert, dass jetzt alle mal etwas tun sollen – all hands on deck –, so habe ich Sie verstanden. Ich gehe mal davon aus, Sie meinen damit auch Ihre eigene Bayerische Staatsregierung. Wenn ich mir nämlich den Haushalt ansehe,

muss ich feststellen: Diese Staatsregierung ist ihrem eigenen Ende näher als jeder Idee einer guten Zukunft.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Oder auch anders gesagt: Stillstand als Prinzip.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf: Stammstrecke!)

Dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht ja Geld zur Verfügung, auch zusätzliches Geld aus dem Bund. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, Sie erinnern sich sicher daran, dass es im Bund wir GRÜNE waren, die es Ihrer Bundesregierung ermöglicht haben, das Sondervermögen aufzunehmen. Wir haben das aus staatspolitischer Verantwortung getan;

(Lachen bei der AfD)

denn wir möchten verteidigungsfähig sein, damit wir uns nicht verteidigen müssen. Wir haben das aus Überzeugung getan; denn wir wissen, wie dringend Infrastruktur modernisiert werden muss. Weil wir eine Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen haben, haben wir GRÜNE auf Bundesebene die Vorgabe der Zusätzlichkeit reinverhandelt. Daran, Kolleginnen und Kollegen der CSU, müssen auch Sie sich messen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn dieses Sondervermögen ist ja kein Reparaturfonds. Dieses Sondervermögen ist ein Zukunftsfonds.

(Zuruf von der AfD: Sonderschulden!)

Herr Holetschek, da könnte der Ruck drinstecken, den Sie gefordert haben. Dieses Sondervermögen soll zusätzliche Investitionen ermöglichen, in die Infrastruktur und in den Klimaschutz, und daraus hätte auch in Bayern ein echter Modernisierungsschub

starten können, für unsere Schienen, für unsere Hochschulen, für die öffentlichen Gebäude und für echten Klimaschutz.

Was passiert aber stattdessen im Haushalt? – Ein Verschiebebahnhof beginnt. Geld wird aus dem einen Topf herausgenommen und im nächsten Topf als neu wieder eingebucht. Projekte, die eigentlich schon längst beschlossen sind, bekommen einfach ein neues Etikett. Das ist ehrlich gesagt kein Gestaltungswille, das ist ein Buchungstrick. Deshalb sage ich ganz klar: Neues Geld muss auch Neues schaffen, sonst bleiben am Ende nur Schulden ohne neues Vermögen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage das hier so deutlich, weil es sonst unfair ist den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gegenüber, aber vor allem auch den nächsten Generationen gegenüber, die dieses Geld zurückzahlen müssen. Wer also zusätzliches Geld bekommt, darf damit nicht alte Löcher stopfen, sondern bräuchte eine Idee, eine Vision, einen Plan, wo dieses wunderschöne Bayern in zehn, zwanzig, dreißig Jahren eigentlich sein soll. Aber genau daran fehlt es der Bayerischen Staatsregierung. Sie haben kein Ziel, aber vielleicht ist es auch Absicht; denn wer kein Ziel hat, kann auch kein Ziel verfehlen.

Mit diesem Politikstil aber gewinnt man kein Vertrauen, und so gestaltet man auch kein Bayern von morgen. Dabei liegen die Herausforderungen doch vor uns. Ich nehme exemplarisch drei heraus und fange mit der günstigen Energieversorgung an. Wir alle erleben doch gerade ganz aktuell, wie riskant unsere Abhängigkeit von der fossilen Energie ist.

(Lachen bei der AfD)

Die Preise steigen an den Tankstellen, im Supermarkt, bei der Heizungsrechnung. Wir sind also abhängig von Autokraten und Diktatoren, die uns Öl und Gas teuer verkaufen. Wer daran festhält, setzt unsere Freiheit aufs Spiel und macht das Leben der Menschen teurer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gute ist aber: Wir können das doch ändern. In Bayern weht Wind, in Bayern scheint die Sonne, in Bayern fließt Wasser. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien schaffen wir Wertschöpfung vor Ort. Erneuerbare Energien sind also Freiheitsenergien.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Sie machen uns unabhängig, sie machen uns sicher, und sie sind günstiger für alle: für die Menschen, aber auch für die Unternehmen. Wer gegen Freiheitsenergien arbeitet, setzt die Zukunft unseres Landes aufs Spiel. Wir brauchen einen stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energien; denn nur das macht uns unabhängig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich mir Ihren Haushalt unter dem Aspekt anschaue, komme ich zu dem Ergebnis: Dieser Haushalt ist enttäuschend. Er hält an alten Abhängigkeiten fest, statt massiv in Wind, Wasser und Sonne zu investieren. Ich gebe Ihnen zwei Beispiele: 92 % der staatlichen Gebäude haben keine Photovoltaikanlagen. Ist das Ihr Einfach-mal-Machen? Schauen wir uns den Windkraftausbau an: Im ersten Quartal 2026 sind gerade einmal drei Windräder in Betrieb genommen worden.

(Zuruf von der AfD)

Ist das Ihr Einfach-mal-Machen? Wir sehen doch an diesen Beispielen, dass das Problem in Bayern nicht das Potenzial ist. Das Problem in Bayern ist der politische Wille dieser Staatsregierung, für die diese Themen keine Priorität haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Statt nach vorne zu gehen, verharren Sie in alten Denkmustern. Jede Debatte über Mini-AKWs oder Kernfusionen lenkt davon ab, dass Sie die Hausaufgaben beim Ausbau der Freiheitsenergien nicht gemacht haben. Dabei wissen wir doch alle: Wer

heute nicht investiert, zahlt morgen doppelt. Deshalb sage ich ganz klar: Ich möchte, dass Bayern unabhängiger wird. Ich möchte, dass Bayern krisenfester wird. Ich möchte, dass Bayern günstiger wird. Wir können das haushälterisch darstellen, indem wir zum Beispiel die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität ausbauen, indem wir Bayern zum Spitzenreiter der E-Mobilität machen; denn egal, wie sehr Sie sich noch am Verbrenner festklammern: Die Elektromobilität ist die Zukunft. Die Frage ist nur, ob diese Zukunft in Bayern stattfindet oder außerhalb. Ich möchte, dass die Zukunft in Bayern stattfindet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können in Bayern die Fördermittel für die Geothermie erhöhen, um das große geothermische Potenzial Bayerns endlich zu heben; denn jede – ich sage es noch einmal so deutlich – erneuerbare Energiequelle verringert unsere fossile Abhängigkeit. Wir müssen natürlich konsequent den Weg für Klimaanpassungen gehen: Vorsorge gegen Sturzfluten, Hitzewellen und für sauberes Trinkwasser. Wenn wir nicht vorsorgen, wird es am Ende noch teurer. Man kann es eigentlich recht einfach zusammenfassen: Jeder Euro hier ist ein Euro mehr für Freiheit, Sicherheit und Lebensqualität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein zweites großes Thema ist der Fokus auf die Kinder und Jugendlichen. Ich finde, ein Land zeigt seinen Charakter nicht in Hochglanzbroschüren, sondern morgens im Klassenzimmer. Da sehen wir: Unterricht fällt aus, manche Kinder sitzen hungrig in der Schule, Chancen sind ungleich verteilt. Ich finde das nicht akzeptabel. Deshalb fordern wir in diesem Haushalt 3.000 zusätzliche Lehrkräfte, eine verlässliche Schulsozialarbeit und endlich ein kostenfreies gesundes Mittagessen. Wir haben jetzt das Recht auf Ganztag. Kinder und Jugendliche sind viel länger in den Schulen, also hat es doch Sinn, Familien zu entlasten, Kindern ein gesundes Mittagessen zu ermöglichen und einen sicheren Absatzmarkt für unsere Landwirte zu schaffen. Es ist also ein

dreifaches Win-win-win. Das kostenfreie gesunde Mittagessen muss endlich in Bayern kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER))

Das ist kein Luxus, das ist die Grundlage für eine gerechte Gesellschaft. Ich finde schon, liebe Bayerische Staatsregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER, es ist nicht redlich, an Bildung, an Lehrkräften, an Jugendsozialarbeit, an den Familien zu sparen und gleichzeitig seit Jahren den eigenen Regierungsapparat mit Spitzenpositionen für Beauftragte aufzublähen oder einen pompösen Opernball zu planen. Ich finde, da sollten Sie Ihre Prioritäten endlich mal klarbekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dritte Punkt ist, dass wir den Kommunen Luft zum Atmen geben wollen. Ich habe viel kritisiert, aber Sie wissen ja: Wenn etwas gut läuft, sage ich das auch. Deswegen fange ich erst einmal mit dem Positiven an. Wir GRÜNE kämpfen schon seit Jahren für mehr Geld für die Kommunen, für die Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden; denn sie alle stehen mit dem Rücken zur Wand.

(Michael Hofmann (CSU): Geld fällt ja nicht vom Himmel!)

Jetzt haben Sie unsere Forderung, die wir immer mit einer Kommunalmilliarde umschrieben haben, aufgegriffen, und die Kommunen bekommen mehr Geld. Das ist gut, das begrüßen wir ausdrücklich. Da sagen wir auch ein Dankeschön; es ist bitter notwendig. Wir bieten Ihnen sogar noch einen besonderen Service: Wenn Sie unseren beiden Änderungsanträgen zustimmen, mit denen wir zum einen noch einmal zusätzliches Geld für die Landkreise einfordern und zum anderen den Ausbau des ÖPNV voranbringen wollen, hätten wir die Kommunalmilliarde komplett, dann würden wir noch mehr für die Kommunen tun. Das wäre doch ein schönes Zeichen;

(Zuruf)

denn die Kommunen sind das Rückgrat unserer Demokratie. Gut, dass die jetzt mehr Geld bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir haben über 12 Milliarden!)

Wir alle wissen aber: Eine Einmalspritze hilft im Moment, aber sie heilt die Krankheit nicht für immer; denn die Realität bleibt ja trotzdem: Unsere Kommunen bekommen ständig neue Aufgaben, die Anforderungen werden mehr, die Inflation ist auch da, aber die Mittel steigen nicht parallel mit. Viele Kommunen stehen weiterhin mit dem Rücken zur Wand. Dabei wissen wir doch alle, dass sich auf der kommunalen Ebene entscheidet, ob der Bus fährt, ob die Kita funktioniert, ob das Schwimmbad offen bleibt. Kommunen tragen unseren Alltag, dort kommen wir alle zusammen, und dort merken Menschen am ehesten, ob der Staat funktioniert oder nicht. Obwohl die Kommunen diese wichtige Aufgabe leisten, werden sie von Ihnen immer noch so behandelt, als könnten sie immer noch irgendwie mit weniger auskommen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Mit weniger?)

Wir sagen ganz klar: Das funktioniert so nicht mehr. Wenn Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke jedes Jahr aufs Neue zittern müssen, wird aus Planung Verwaltung im Krisenmodus. Wir brauchen deswegen endlich verlässliche Strukturen statt ständiger Notlösungen; denn starke Kommunen sind kein Extraservice, sie sind das Fundament für ein funktionierendes Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das ist wirklich Ihr Ernst, was Sie da sagen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern 2026, und immer mehr Menschen fragen sich: Warum können wir uns immer weniger leisten? Die Antwort ist vielschichtig, aber sie beinhaltet unter anderem hohe Mieten, Engpässe bei guten, günstigen und

regionalen Lebensmitteln, zu wenig Freiheitsenergien, die erzeugt und gespeichert werden, eine Gesundheitsversorgung, die immer teurer wird. Wenn man das alles zusammenfasst, kann man sagen: Ihr Haushalt ändert daran wenig. Dabei könnten wir es besser machen. Wir könnten doch ein Bayern sein, in dem das, was alle brauchen, auch für alle bezahlbar ist, ein Bayern, das in Menschen investiert, statt nur Zahlen zu verwalten, ein Bayern, das mutig nach vorne geht. Ihr Haushalt tut das alles nicht. Er ist zwar groß im Volumen, aber klein im Mut. Viel Geld wird bewegt, aber zu wenig bewegt Bayern nach vorne. Ich sage ganz klar: Bayern kann mehr, und Bayern verdient auch mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung hat der Kollege Martin Böhm das Wort.

Martin Böhm (AfD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegin Schulze, ich mag noch einmal auf Ihre Einlassungen zur Energieversorgung zurückkommen. Sie beklagen die Abhängigkeit von Autokratien. Es zeigt sich aber, wenn ich in die ganze Welt schaue, dass fast alle Länder, die über wirklich nennenswerte Ressourcen an Energiestoffen verfügen, zumindest nahe der Autokratie sind. Wäre es dann nicht im Sinne der preiswerten Energieversorgung unserer Bürger wesentlich sinnvoller, zwischen verschiedenen Autokratien zu diversifizieren,

(Lachen bei den GRÜNEN)

anstatt alle von vornherein außen vor zu lassen?

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie wollen die Freiheit anscheinend verkaufen!)

Katharina Schulze (GRÜNE): Dass Sie kein Problem mit einer engen Zusammenarbeit mit Autokraten und Diktatoren haben, ist hinlänglich bekannt. Ich dagegen gehe einen anderen Weg: Ich möchte die Wertschöpfung hier bei uns zu Hause, ich möchte die Arbeitsplätze bei uns zu Hause, ich möchte günstigere Energie. Die können wir

hier erzeugen, die können wir hier produzieren, die können wir hier speichern. Diesen Weg sollten wir gehen und uns nicht in weitere Abhängigkeiten verstricken und diesen Autokraten und Diktatoren viel Geld überweisen. Dafür steht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wo Sie stehen, wissen wir alle sehr genau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Holger Grießhammer für die SPD-Fraktion.

Holger Grießhammer (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Wenn ich durch meinen Wahlkreis fahre, treffe ich viele Menschen, die jeden Tag hart arbeiten. Da ist der Müllfahrer, der morgens früh unterwegs ist. Da ist die Krankenschwester, die vom Schichtdienst kommt. Da ist die Familie mit zwei Kindern, die sich fragt: Reicht es am Ende des Monats noch? Diese Menschen erwarten zu Recht, dass Politik ihre Lebensrealität versteht.

Sie erwarten auch, dass die Politik konkrete, spürbare Antworten gibt, und genau darum geht es heute und in den nächsten Tagen, wenn wir den Haushalt 2026/2027 des Freistaates beraten. Es geht nicht um Zahlenkolonnen, sondern es geht um die Frage: Für wen machen wir eigentlich Politik?

Ich möchte dem Haushaltshausschuss danken, der diesen Haushaltsplan in vielen Stunden, Tagen und Wochen vorberaten hat. Ich denke, der Anstand gebietet es, dass wir hier an unsere Kollegen denken und ihnen Danke sagen.

Meine und unsere zentrale Erkenntnis ist leider eindeutig. Dieser Haushalt hat eine soziale Schieflage, und er ist politisch kraftlos. Er setzt keine klaren Schwerpunkte für die Zukunft unseres Landes. Er verteilt Mittel, aber er gestaltet nicht. Vor allem lässt er diejenigen im Stich, die auf Unterstützung angewiesen sind. Ein Haushalt zeigt nicht nur, wofür Geld da ist. Er zeigt auch, wofür kein Geld da ist, und das wollen wir uns konkret anschauen.

Erstens. Die soziale Schieflage: Wir erleben eine Streichung bei Familienleistungen. Wir erleben eine Halbierung des Pflegegeldes. Wir erleben, dass es in Bayern immer noch kein Gehörlosengeld gibt, obwohl das die Regierungspartner im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Das sind keine kleinen Randthemen. Das sind zentrale Fragen von Teilhabe und Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Was bedeutet das konkret? – Für die Familien mit Kindern heißt das weniger Unterstützung im Alltag. Für pflegende Angehörige heißt das mehr Belastung und weniger Anerkennung. Wie Sie wissen, bin ich fünffacher Familienvater, und ich bin sicherlich nicht auf den Euro angewiesen. Es gibt aber viele Familien, die am ersten Schultag den Geldbeutel öffnen und feststellen: Da ist nicht mehr viel drin, und es ist nicht einfach, über die Runden zu kommen.

Für diese Menschen ist dieser Einschnitt enorm und belastend, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht nur sozial ungerecht, sondern auch politisch kurzsichtig; denn wir wissen doch: Eine starke Gesellschaft entsteht nicht von oben. Sie entsteht dort, wo sich Menschen aufeinander verlassen können. Genau an dieser Stelle versagt aber dieser Haushalt. Dieser Haushalt gibt keinen Halt. Er ist ein Sparprogramm auf Kosten der Schwächsten.

Zweitens. Die schwarze Null: Lieber Kollege Klaus Holetschek, ich weiß, dass Ihnen, dass der Staatsregierung diese schwarze Null sehr wichtig ist. Ja, Bayern steht finanziell gut da. Aber warum eigentlich? – Weil der Bund massiv investiert,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ach was!)

weil der Bund massiv Gelder in die Länder gibt.

Stichwort Sondervermögen: Ich kann mich noch gut an die Debatten vor der Bundestagswahl erinnern. Es war die SPD, die auf das Sondervermögen gedrängt hat, und ja, die Kollegen von den GRÜNEN haben sich letztendlich auch im Deutschen Bundestag

einen Ruck gegeben und es am Ende ermöglicht. Was macht die Staatsregierung? Was machen Sie? – Sie schreiben sich diese Leistungen auf die eigene Fahne, anstatt in Bayern kräftig zu investieren und auch hier die neuen Möglichkeiten zu nutzen.

Stichwort Verschuldung: Der Bund zahlt, Bayern spart. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht auch zulasten der Kommunen. Wir sehen seit einigen Jahren, dass die Verschuldung der Kommunen rasant ansteigt, und wir haben in den letzten Wochen die Haushalte verabschiedet. Die Kommunen können nicht sagen: Wir wollen mit einer schwarzen Null auskommen. – Nein, die Kommunen müssen in die Verschuldung gehen, um vor Ort das Leben auch weiter zu gestalten.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Staatsregierung, Sie profitieren von Milliarden aus dem Bund und verkaufen das als bayerische Leistung. Gleichzeitig halten Sie an der schwarzen Null fest, während in Bayern dringend investiert werden müsste. Ich sage an dieser Stelle deutlich: Wer sich mit fremden Federn schmückt, betreibt keine solide Haushaltspolitik, sondern politische Selbstbeweihräucherung.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen keine schwarze Null um jeden Preis. Wir brauchen gezielte Investitionen in unser Land, und auch da werden immer wieder die nachfolgenden Generationen angeführt. Sind es die Schulden, die die nachfolgende Generation belasten, oder ist es die marode Infrastruktur? – Ich glaube, hier sollten wir einen gesunden Mittelweg gehen, und wir hätten hier auch dementsprechend handeln können.

Die Menschen draußen fragen nicht nach Haushaltsdogmen, sondern sie fragen: Kommt die Kita? Gibt es bezahlbaren Wohnraum? Sind die Straßen und Brücken befahrbar? Sind die Schultoiletten in einem guten Zustand? – Ja, die Schultoiletten sind bei den Kommunen immer ein großes Thema. In einem reichen Land wie Deutschland kann es aber doch nicht sein, dass man nach wie vor Schultoiletten vorfindet, die marode und einfach nicht mehr zu ertragen sind.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU)

Hier gibt der Haushalt keine ausreichenden Antworten.

Drittens. Die Fraktionsinitiativen sprechen wir auch bei diesem Haushalt und in dieser Haushaltsdebatte wieder an. Es gibt viele sinnvolle Projekte,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

die hier unterstützt werden, und es gibt Maßnahmen, die notwendig sind. Das System dahinter ist aber problematisch, und ich weiß auch, dass es unser Finanzminister ein wenig kritisch sieht, wie hier vorgegangen wird.

Wir sehen, wie die Mittel verteilt werden. Sie werden nicht immer nach objektiven Kriterien, sondern eher nach parteipolitischer Logik vergeben. Das schwächt das Vertrauen in politische Entscheidungen, und das sendet das falsche Signal, dass es am Ende nicht um die beste Lösung, sondern um die richtige oder vermeintlich falsche Parteizugehörigkeit geht.

(Martin Wagle (CSU): Was ist das denn für ein Blödsinn?)

So darf Politik nicht funktionieren. Fördermittel müssen transparent, nachvollziehbar und gerecht verteilt werden; nicht nach Parteifarben, sondern nach Bedarf.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kritik am Haushalt alleine reicht nicht. Entscheidend ist doch die Frage: Wie geht es besser? Genau darauf geben wir als SPD eine klare Antwort. Im Zentrum steht unser Investitionspaket in Höhe von 2,8 Milliarden Euro, und ich sage ganz klar: Dieses Investitionspaket ist die Antwort auf die Schwäche dieses Haushalts; denn während hier verwaltet wird, wollen wir gezielt die Zukunft unseres Landes gestalten und in die Zukunft investieren.

Erstens. Der Industriestandort Bayern: Als SPD kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz in der Automobilindustrie, im Mittelstand, bei den Zulieferbetrieben und im Handwerk. Deshalb wollen wir 826 Millionen Euro in die Transformation, in die Batterietechnologie, in autonomes Fahren, in die Ladeinfrastruktur, in Halbleiter, in grünen Wasserstoff investieren. Zudem ist für mich als Handwerksmeister ein besonderes Anliegen: Wir möchten einen eigenen Fonds für das Handwerk; einen Fonds, der Betriebsgründungen erleichtert, der Investitionen absichert und der vor allem Unternehmensnachfolgen möglich macht.Wir haben unsere Vorschläge auf den Tisch gelegt. Die Kammern würden diese enorm begrüßen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Innovation findet nicht nur in Start-up-Büros statt, sie findet auch in den Werkstätten statt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit sagen: Bayern kann sich keinen Wirtschaftsminister mehr leisten, der sich lieber um die Jagd als um den Erhalt der Arbeitsplätze kümmert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deutschland kann sich genauso wenig eine Wirtschaftsministerin leisten, die sich lieber um die Interessen von Lobbyverbänden als um diejenigen der deutschen Wirtschaft kümmert.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): So ein Schmarrn!)

Herr Aiwanger, Frau Reiche, fangen Sie bitte endlich das Arbeiten an!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweitens. Gesundheit und Pflege: Gerade im ländlichen Raum merken die Menschen jeden Tag, dass die Versorgung bröckelt. Wir wollen 303 Millionen Euro investieren, um genau das zu verhindern, für eine echte Krankenhausmilliarde, für Pflegeangebote vor Ort, für Barrierefreiheit und für eine bessere Versorgung von Menschen mit Behinderungen. Konzepte wie "Stambulant" liegen auf dem Tisch. Sie müssen nur endlich kommen und dürfen nicht an Ausführungsbestimmungen von Frau Warken scheitern.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Bund muss seinen Beitrag leisten. Frau Warken muss hier liefern und dafür sorgen, dass Pflege finanzierbar bleibt, ohne die breite Bevölkerung weiter zu belasten. Für uns als SPD gilt: Gute medizinische Versorgung und Pflege dürfen weder eine Frage der Postleitzahl noch des Geldbeutels sein.

Drittens. Wohnen, Bauen und Mobilität sind eine der größten sozialen Fragen unserer Zeit. Deshalb wollen wir 896 Millionen Euro investieren, davon allein rund 340 Millionen Euro in den Wohnungsbau, ergänzt durch die Mittel für energetische Sanierungen, für die Elektrifizierung der Schiene, für barrierefreie Bahnhöfe und für den Radverkehr. Klar ist: Bezahlbares Wohnen ist keine Nebensache, es ist die Grundlage eines guten Lebens. Auch hier erhöht der Bund die Mittel, während der Freistaat Bayern seine Mittel reduziert. Auch das ist ein gutes Beispiel für die Schieflage des Haushalts.

(Beifall bei der SPD)

Bei diesem Paket hört es nicht auf. Wir gehen noch einen Schritt weiter. Wir fordern echte Entlastungen für unsere Familien. Deshalb sagen wir klar: Der Kindergarten muss kostenlos werden. Wir sagen genauso deutlich: Wer für unseren Staat arbeitet, muss sich auf seinen Arbeitgeber verlassen können. Deshalb fordern wir die sofortige Übernahme des Tarifabschlusses ohne jegliche Verzögerung

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

für Polizistinnen und Polizisten, für Lehrerinnen und Lehrer und für alle, die unser Gemeinwesen auf ihren Schultern tragen. Unsere Vorschläge sind auch ein klares wirtschaftspolitisches Signal. Jeder Euro, den wir investieren, kommt doppelt zurück, und zwar in Form von Wachstum und Vertrauen. Gerade in unsicheren Zeiten brauchen wir diesen Mut zur Investition, nicht kleinteilige Symbolpolitik, sondern klare Prioritäten. Genau das wollen wir leisten. Das ist der Unterschied.

Während die Staatsregierung weiter verwaltet, wollen wir gestalten. Während Sie sparen, wollen wir investieren. Während Sie sich selbst feiern, kümmern wir uns um die Menschen in Bayern. Dieser Haushalt ist eine verpasste Chance, um soziale Gerechtigkeit zu stärken, unsere Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu erhalten. Er ist eine verpasste Chance, um Vertrauen zurückzugewinnen. Stattdessen sehen wir einen Haushalt, in dem zu wenig investiert wird, in dem falsche Prioritäten gesetzt und falsche Signale gesendet werden.

Wir von der SPD zeigen, dass es auch anders geht. Wir wollen ein Bayern, in dem sich Leistung lohnt, in dem Familien entlastet werden, in dem Pflege anerkannt wird und in dem Teilhabe für alle möglich ist, ein Bayern, das nicht nur stark ist, sondern auch gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Stärke ohne Gerechtigkeit ist keine Stärke, sie ist ein Risiko für unseren Zusammenhalt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Herr Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Kollege Grießhammer, wie oft haben Sie denn Ihrem Kollegen in Berlin, dem SPD-Finanzminister Klingbeil, mitgeteilt, dass er die versicherungsfremden Leistungen in der GKV ersetzen muss und sich aus diesem Thema nicht herausziehen kann? Das würde mich interessieren, da Sie sicher öfters mit ihm reden. Haben Sie mit ihm darüber gesprochen und ihm klargemacht, dass er hier einer Fehleinschätzung aufsitzt und dass hier Handlungsbedarf besteht?

Holger Grießhammer (SPD): Ich bin, was den Gesundheitsbereich betrifft, auf das Thema "Stambulant" eingegangen. Hier hakt es an der Gesundheitsministerin, nicht

am Finanzminister. Ich bin dieser Sache nachgegangen. Ich kann Ihnen versichern, wir stehen in einem guten Austausch. Wir werden in unserer gemeinsamen Koalition in den nächsten Wochen und Monaten noch viel zu beraten haben. Hier geht es ganz konkret um das System "Stambulant". Deshalb haben Sie sich als Gesundheitspolitiker wahrscheinlich gemeldet. Dieses Thema hängt tatsächlich am Gesundheitsministerium.

(Beifall bei der SPD – Klaus Holetschek (CSU): Es geht um die versicherungsfremden Leistungen!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist Herr Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bürgerlich-konservative Politik ist gut für das Land. Sie ist gut für Deutschland, sie ist gut für Bayern, und sie ist gut für unsere Bürgerinnen und Bürger. Wer feststellen will, ob diese Aussage zutrifft oder nicht, schaut nach Bayern. Dieses Land ist seit Jahrzehnten bürgerlich-konservativ regiert, und es steht an der Spitze der Bundesländer in dieser Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fragen Sie doch einmal Menschen in Bayern, ob es irgendwo ein Bundesland gibt, in dem sie lieber leben würden als in Bayern. Sie werden keine Antwort bekommen. Fragen Sie Menschen aus anderen Bundesländern, ob sie, wenn sie nicht in ihrem eigenen Bundesland bleiben wollen, in einem anderen Bundesland leben wollen. Dann kommt die Antwort: Bayern.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie führen die Riege erfolgreicher Ministerpräsidenten in der Geschichte Bayerns fort. Wir haben diese Leistungen in der Vergangenheit immer hart gegen Angriffe von ganz links und links, neuerdings auch von ganz rechts, verteidigen müssen. Im Grunde gibt der Platz, auf dem wir heute stehen, uns

recht, dass wir unseren Kurs gehalten haben. Sie haben dazu beigetragen. Herzlichen Dank für Ihre Leistungen.

Herr Ministerpräsident, ich sage ganz deutlich: Es ist in diesem Hause eine Schande, mit welch diffamierenden und verletzenden Bemerkungen Sie sich tagtäglich auseinandersetzen müssen. Das haben Sie nicht verdient. Der Freistaat Bayern kann stolz auf diesen Ministerpräsidenten sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen das Ganze einmal mit Zahlen hinterlegen. Vorhin wurde gefragt, was denn insgesamt geschehen sei. Ich nenne einmal die Hightech Agenda. Hier investieren wir über 5 Milliarden Euro in zukunftsgerichtete Maßnahmen. Dabei geht es nicht nur um KI oder um Wissenschaftspolitik in der Theorie. Meine Damen und Herren, ich erinnere daran, wie viel Hohn und Spott Sie ausgeschüttet haben, als es um die Luft- und Raumfahrttechnik gegangen ist. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir haben erst vor Kurzem wieder feststellen müssen und dürfen, dass sich die Entscheidungen, für die Sie vor Jahren kritisiert worden sind, heute auszahlen, auch international. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese Opposition befindet sich ebenfalls in einer Reihe von Traditionen. Dabei handelt es sich zwar um schlechte Traditionen, aber offensichtlich glaubt die Opposition, auch schlechte Traditionen kultivieren zu müssen. Alle Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger haben in diesem Haus die bürgerlich-konservative Politik kritisiert. Ich stelle fest, dass das in einer schwierigen Schiffslage auch ein Kompass sein kann: Solange Sie uns kritisieren, wissen wir, dass wir uns auf dem richtigen Kurs befinden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es wird viel darüber gesprochen, ob es woanders besser ist. Ich habe gerade von Herrn Kollegen Grießhammer und vorhin von Frau Kollegin Schulze gehört, dass Bayern etwas mehr in die Verschuldung gehen sollte. Wir haben einen Doppelhaushalt mit einem Umfang von 168 Milliarden Euro. Die Zinsausgabenquote liegt bei 0,9 %.Wissen Sie, bei welcher Zinsausgabenquote Baden-Württemberg liegt? – Bei 2 %. Das ist über das Doppelte von dem, was der Freistaat Bayern für seinen Euro ausgibt. Glauben Sie ernsthaft, dass Zinsenzahlen an Banken die Zukunft sichert? – Im Leben nicht. Wo haben Sie denn das gelernt?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was ist denn das für eine Theorie zu sagen, wenn der Bund Schulden aufnimmt, soll der Freistaat Bayern gefälligst auch Schulden aufnehmen? – Sehr geehrter Herr Kollege Grießhammer, das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Wir nehmen vollkommen zu Recht die Investitionsmittel in Anspruch, die die Bundesrepublik Deutschland bzw. die Bundespolitik den Bundesländern zur Verfügung stellt. Auch hier ein herzliches Dankeschön, Herr Ministerpräsident, weil Sie auch hier für Bayern verhandelt haben, und wir stehen sehr gut da, sehr geehrte Damen und Herren. Auch das darf man an der Stelle einmal unterstreichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das bedeutet auch, dass wir kein schlechtes Gewissen haben müssen bei diesem Länderfinanzausgleich oder, wie es heute heißt, Finanzkraftausgleich unter den Ländern, den wir zahlen, von inzwischen über zehn Milliarden, wie damals, als wir ihn dann reformiert haben, wieder über 50 %. Daher habe ich kein schlechtes Gewissen, wenn die Bundesrepublik Deutschland dem Freistaat Bayern Milliarden Euro zur Verfügung stellt, um das auszugleichen, was Ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern verbockt haben, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

Nein, wir haben nicht die Notwendigkeit, uns zu rechtfertigen. Was Ihre Behauptung anbetrifft, es werde nicht investiert, Frau Schulze, glaube ich, Sie sollten sich neue Berater für Haushaltspolitik suchen. Der Freistaat Bayern weist eine Investitionsquote von 17,1 % auf. Jetzt wäre ich einmal gespannt, wie es in Baden-Württemberg aussieht. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen. Vielleicht sollten Sie es wissen. Fragen Sie einmal in Ihrer Familie nach, dann können Sie in dem Zusammenhang vielleicht auch noch diese Quoten einbringen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Das würde zur Unterhaltung beitragen, und nicht Ihre Glückskekssprüche, die Sie vorhin wieder der Reihe nach abgelassen haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

Zur Frage, was bürgerlich-konservative Politik ausmacht, sage ich, das heißt, dass wir verantwortungsvoll mit Geld umgehen und investieren, aber auch, dass wir Probleme lösen. Es bedeutet zum Beispiel auch, dass wir erfolgreich – – Schade, dass der Innenminister gerade nicht hier ist. Frau Kollegin Ebner-Steiner war offensichtlich letzte Woche nicht hier, als er es angesprochen hat. Das Leben im Freistaat Bayern ist heute sicherer als im Jahr 1987. Erst letzte Woche hat der Innenminister Joachim Herrmann hier erklärt, dass die Gefahr, unter einer Straftat zu leiden, heute geringer ist als Mitte der Achtzigerjahre. Lernen Sie, einfach einmal die Fakten anzuerkennen, statt mit Ihrem Geschäftsmodell ständig Spalterei zu betreiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

Da wir gerade bei diesem Geschäftsmodell sind: Wenn man sich überlegt, in welch schweren Gewässern und in welchen Stürmen sich unser Schiff befindet, die weder die deutsche Politik noch die bayerische Politik verursacht hat, – –

(Lachen der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Ich will jetzt nicht einmal davon reden, dass wir nichts dafürkönnen. Wenn man einmal in die ganze Liste – – Man sollte sich einmal daran erinnern, mit welchen Problemen wir es seit Mitte der Nullerjahre zu tun hatten: Lehman Brothers, Eurokrise, die Geburtsstunde der AfD. Heute höre ich von niemandem mehr die Forderung, wir wollen aus dem Euro aussteigen, aber das war Ihre Geburtsstunde.

(Zurufe von der AfD: Doch!)

Wollen Sie es doch noch? – Tatsächlich. Herzlichen Glückwunsch, Sie sind die Bankrotteure dieser Republik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Zur Migrationskrise: Wir müssen im Jahr 2027 nur noch vier Fünftel des Betrags von vor zwei Jahren für die Unterbringung von Asylbewerbern ausgeben. Wir sparen in dem Zusammenhang fast ein Fünftel ein, und Sie ignorieren diese Entwicklungen. Ich weiß nicht, was man Ihnen noch erklären soll, damit Sie endlich einmal von diesem Geschäftsmodell der Spaltung und Hetze ablassen. Lernen Sie, die Fakten zu lesen, und erzählen Sie in diesem Parlament keinen Unsinn.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann sagen Sie auch noch, dass in der Bundesrepublik die Meinungsfreiheit nicht mehr gegeben wäre – ein Irrsinn! Wissen Sie, was passiert, wenn man in Ihrer Partei die Meinung sagt? – Fragen Sie einmal Ihren Kollegen Lucassen. Dieser ist im Bundestag in der Zwischenzeit von seinem Amt als verteidigungspolitischer Sprecher in der Fraktion zurückgetreten, weil er sich erlaubt hat zu erklären, dass er zur NATO steht. Er ist gerügt worden. Seine Erklärung ist missbilligt worden, weil Björn Höcke gesagt hat, für diese Bundesrepublik Deutschland, die gendert und sonst wo unterwegs ist, wolle er niemanden verteidigen und kein Konzept der verpflichtenden Wehr-

pflicht. Das ist Ihre Art von Meinungsfreiheit. Sagt man in Ihrer Partei die Meinung, wird man diskreditiert und abgesägt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatssekretärs Tobias Gotthardt)

Es kann einem nur angst und bange werden, wenn man sieht, was Sie mit Ihren eigenen "Parteifreunden" tun werden, wenn Sie endlich einmal an der Regierung sind, wie Sie es propagieren, und mit denen, die noch gar nicht in Ihrer Partei sind. Hier müssen Sie sich nicht wundern, wenn sich manche von da drüben Gedanken darüber machen, ob man in dem Zusammenhang in die Dreißigerjahre des letzten Jahrhunderts zurückgebombt wird. Das ist Ihr Problem, und dafür müssen Sie sich auch rechtfertigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Freistaat Bayern fährt mit konservativer und bürgerlicher Politik hervorragend. Man muss sie allerdings auch wählen. Wir können in der Bundesrepublik derzeit keine bürgerlich-konservative Politik betreiben. Wir machen eine leidlich gute Politik.

(Widerspruch bei der AfD)

– Nein, Sie sind nicht bürgerlich-konservativ.

(Zurufe von der AfD: Doch! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Sie huldigen einem Putin, der uns überhaupt erst in diese Krisen hineingestürzt hat. Das ist doch nicht konservativ. Das ist auch nicht bürgerlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und des Staatsministers Christian Bernreiter)

Sie huldigen einem Trump, mit dem wir zusammenarbeiten, wobei wir aber sagen: Hätte er doch intensiver mit uns zusammengearbeitet. Ich verstehe, dass man einem Mullah-Regime keine Atomwaffen zubilligt, aber die Art und Weise, wie man diesen

Iran-Krieg vom Zaun gebrochen hat, geschah in der typischen Alleinherrscher-Mentalität, die Sie sich so für die Bundesrepublik Deutschland herbeiwünschen. Sie wollen mehr Eigenstaatlichkeit im Sinne von Alleinstaatlichkeit. Genau das sind die Probleme, die ein Trump und ein Putin verursachen,

(Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

wenn man weniger auf internationale Kooperation, sondern mehr auf Verantwortung für den Staat an sich setzt. Alleinstaaterei führt uns ins Aus und in die Gewässer, in denen wir uns gerade befinden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Deswegen sage ich, wer gute Politik will, muss sie auch wählen.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Die Menschen in Bayern haben es in den letzten Jahren geschafft, diese Politik zu wählen. Angesichts der Bilanz hoffe ich sehr darauf, dass sie das auch weiterhin tun. Wir hätten es verdient.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Arbeit. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Vergangene Woche durften wir hier einen GRÜNEN erleben, der unflätiges Verhalten zeigte und Kreuze in Schulen als Ausdruck unseres christlichen

Weltbildes verdammte. Heute zerreißen die GRÜNEN den Haushaltsentwurf mit Argumenten, deren Ursache in den desaströsen Jahren der Ampel-Abrisstruppe liegen. Die SPD stellt hier Forderungen, die weder durchdacht noch gegenfinanziert sind. Ganz anders unsere AfD, die im Einzelplan 02 mit 16 Änderungen ein jährliches Sparpotenzial von 37 Millionen Euro hebt. 21 % Einsparung, das ist eine echte Alternative, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

In dem Zusammenhang sage ich herzlichen Dank an alle Mitglieder des Haushaltsausschusses und an die Haushälter unserer Fraktion, die über viele Wochen intensive Arbeit geleistet haben, um die Einsparpotenziale zu heben, die wir in diesem Drei-Tage-Plenum darstellen werden. Danke, liebe Freunde.

(Beifall bei der AfD)

Wie stark die Bundespolitik mit all ihren Kniefällen vor mittlerweile verzwergten Sozialisten unser Bayern beherrscht, ist im vorliegenden Haushaltsentwurf gut dokumentiert. Liebe Kollegen, ein zentraler Bestandteil des Föderalismus ist – neben der vertikalen Gewaltenteilung – der Wettbewerb der Länder untereinander, der seinen idealen Ausfluss darin findet, sparsam zu haushalten, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die Exzellenz der Bildung zu fördern, die Sicherheit der Menschen zu stärken und mit dem notwendigen Maß an Hilfe die kommunale Selbstverwaltung hier im Land zu organisieren.

Wenn aber 12,5 % des hypothetischen jährlichen Haushaltsvolumens durch Abschläge bei der Steuerverteilung wegfallen, die sich Länderfinanzausgleich nennt, ist das eine untragbare Benachteiligung bayerischer Bürger und zentral, wenn wir bei dieser Haushaltsdebatte miteinander diskutieren. Der Einsatz der Staatsregierung, etwas daran zu ändern, ist wohl erkennbar, aber eben nicht von Elan gesegnet. Die Durchsetzungsfähigkeit bayerischer Politik auf Bundesebene ist weiterhin stark limitiert.

Am 18. März 2025 hätten die Abgeordneten der CSU im Bundestag die einmalige Chance gehabt, Deutschlands und damit auch Bayerns Bürger vor der Schuldenbillion zu bewahren. Am 21. März ließen die FREIEN WÄHLER ihre Möglichkeit dazu im Bundesrat einfach so verstreichen. Natürlich hätte jede andere Entscheidung ein landespolitisches Erdbeben ausgelöst, und vermutlich hätte es die Regierung Merz nicht in dieser Form gegeben. Kanzler nur der zweiten Wahl wäre er natürlich trotzdem geworden.

Aber was war der Preis? – Schulden für Generationen, scharf am Rande der Verfassungsmäßigkeit, ein Verwässern der Haushaltsdisziplin im Bund, da Investitionen aus dem Kernhaushalt ins Sondervermögen rutschen und nun im Kern der konsumtiven Lust der Sozialisten umso stärker gefrönt werden kann.

Bayern macht von der eröffneten Möglichkeit zur strukturellen Neuverschuldung derzeit keinen Gebrauch. Das erkennen wir an, Herr Finanzminister. Der 100- Milliarden-Anteil aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität – Klimaneutralität, welch irrwitziger Neologismus –, der den Ländern zugutekommt, verteilt sich über 10 Jahre mit etwa 15 % auf Bayern. Kreditfinanziertes Sondervermögen: welche Augenwischerei! Für uns sind das neue Schulden, nichts anderes ist es, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Dass die Kommunen Gelder sicher dringend brauchen, ist vollkommen unbestritten. Im selben Zeitraum – 10 Jahre – werden unserem Freistaat durch besagten Länderfinanzausgleich etwa 130 Milliarden Euro fehlen. Geben ist seliger als Nehmen, und dazwischen liegt, wenn man es überschlägt, der Faktor neun. So wird Bayern geschröpft. Reden Sie nicht nur, Herr Ministerpräsident. Zeigen Sie endlich den notwendigen Elan im Sinne unserer bayerischen Bürger.

(Beifall bei der AfD)

Alle anderen Fraktionen hier im Hohen Haus sind auf die eine oder andere Weise politisch von diesem unsäglichen linksunterwanderten Komplex in Berlin abhängig. Schämen Sie sich für Ihre Durchsetzungslosigkeit.

(Zuruf von der SPD)

Über 70 % der 168 Milliarden Euro unseres Doppelhaushalts sind fest verplant, etwa 39 % für Personalausgaben aller Art, etwa 33 % kommen auf verschiedenen Wegen unseren bayerischen Kommunen zugute. Die dadurch mögliche und im Ländervergleich relativ hohe Investitionsquote steht allerdings mittlerweile auf sehr tönernen Füßen. Während Personalausgaben auf langfristigen Verpflichtungen beruhen und seriös kalkulierbar sind, ist die zu lindernde Not der Kommunen ein Fass, in das die Bundesebene in Berlin ständig neue Löcher schlägt.

Das Fundament Ihrer Investitionsquote wird von sinkenden Steuereinnahmen aber endgültig unterspült. Da dies andere Bundesländer noch wesentlich stärker treffen wird, kann der nach aktueller Logik bis 2030 bestehende Länderfinanzausgleich den bayerischen Staatshaushalt leicht zum Einsturz bringen. Schon bei dem erwartbaren Nachtragshaushalt im kommenden Jahr wird es mit dem Söder‘schen Mantra der schwarzen Null vorbei sein. Wir sehen dann dabei blau für die Landtagswahl 2028.

Die aktuell von Bayern mitgetragene Bundespolitik steht nicht im Zeichen prosperierender Steuereinnahmen durch Wirtschaftswachstum und privaten Konsum. Warum die Energiesteuer nur in marginaler Höhe und nur für zwei Monate senken? – Runter damit auf das EU-Minimum, für immer! Die vollkommen sinnfreie CO_2-Abgabe? – Weg damit, und zwar nicht irgendwann, sondern sofort!

(Beifall bei der AfD)

Warum hat der Ministerpräsident im Koalitionsausschuss nicht darauf gedrängt, die Gesamtrechnung des Kraftstoffpreises einmal zu überdenken, die Mehrwertsteuer auf den Produktpreis zu beziehen und erst danach die – natürlich sinnfreien – Steuern

und Abgaben aufzuschlagen? Das würde den Anschein der Abzocke erheblich mäßigen. So gilt nach wie vor: Steuer auf Steuer, Steuer auf Abgaben.

So nutzen auch die 1.000 Euro nichts, die nicht der Staat zahlt, wie es als Entschuldigung für seine gescheiterte Energiewende denkbar wäre. Sondern diese bleiben bei den Unternehmen in Bayern hängen. Von den Kleinen werden nur wenige sie überhaupt bezahlen können. Aber gerade die Arbeitnehmer in den kleinen Unternehmen brauchen diese Kombination am allerdringendsten.

Die ideologische Missgeburt der Energiewende treibt die Konzerne ins Ausland und mindert das Steuervolumen auch hier bei uns im Freistaat drastisch. Konkurse im Mittelstand werden einfach hingenommen, sodass die Arbeitslosigkeit mittlerweile auf Höchststände steigt, auch in Bayern. Ebenso brechen Sozialbeiträge weg. Alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, was den Bundeshaushalt belastet, schlägt zeitversetzt auf den Bundeshaushalt und die Länderhaushalte durch.

Sie, Herr Ministerpräsident – da möchte ich Sie ganz persönlich ansprechen –, haben die Chance, dem Trauerspiel in Berlin ein Ende zu setzen, damit sich die Unionsgeschwister dort als unser künftiger Juniorpartner neu erfinden können.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das eröffnet Ihnen dann auch in Bayern die Möglichkeit zur notwendigen Häutung und weist Ihnen der Weg zurück zu wertkonservativer Politik. Eine Brandmauer, die mittlerweile die Friedhofsmauer der Christdemokratie ist, wird Ihnen dabei nicht hilfreich sein. Lange habe ich von der "Gefängnismauer" gesprochen. Nein, Gefängnismauer war gestern. Es ist wirklich Ihre Friedhofsmauer. Sie sind eingemauert, und irgendwo da drin sind Sozialisten, die den Abgesang üben. So sieht es aus. Die Friedhofsmauer der Christdemokratie ist Ihre Brandmauer. Sie wird Ihnen nicht helfen, Bayern zu einem neuen Wohlstand und zu neuem Aufbruch zu bringen.

Der Auftrag, liebe Kollegen und Freunde, lautet: Bayern zuerst! Dafür steht heute nur die AfD. Das ist unser Auftrag, hinter dem wir stehen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Kollege Stefan Frühbeißer. Bitte.

(Zuruf: Das Mikrofon ist nicht an!)

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Das Mikrofon geht nicht.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Doch, es geht.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Jetzt geht es doch. – Herr Vizepräsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten in dem Bereich – –

(Unruhe – Johannes Meier (AfD): So ein Zufall aber auch!)

– Sie dürfen sich auch wieder beruhigen, es funktioniert. Wie so vieles funktioniert manches besser als bei Vorrednern von der AfD.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU): Selbst die Technik hat eine Würde!)

Aber kommen wir zur Sache zurück. Ich denke, wir müssen einmal rekapitulieren, was in den letzten drei Wochen in den Vorberatungen im Haushaltsausschuss tatsächlich passiert ist.Wenn man hier hört, welche Phrasen gedroschen werden, möchte man meinen, dass der Haushaltsausschuss sich in den letzten drei Wochen nicht sachlich und nicht fachlich mit der Thematik Haushalt auseinandergesetzt hätte. Das sind Phrasen, die gefühlt mehr ideologisch sind, als dass sie der Sache dienen, und die vor allem in der Sache auch nicht hilfreich sind. Ich glaube, unsere Bevölkerung setzt sehr

darauf, dass wir zu diesen Herausforderungen, die wir jetzt haben – das kam heute schon zur Sprache –, Ergebnisse liefern.

Da hilft es auch nichts, wenn man darüber spricht, dass wir die Energiewende angehen und dann vielleicht morgen oder übermorgen wichtige Erfolge haben, sondern die Bevölkerung erwartet heute und jetzt Lösungen, und sie erwartet vor allen Dingen das, was eigentlich in allen öffentlichen Haushalten gilt: dass man die Aufgaben – in unserem Fall die des Staates – löst. Die Aufgaben des Staates sind in erster Linie die Gewährleistung von Sicherheit nach innen und außen, zum Zweiten die Aufgaben als Sozialstaat, dass denen geholfen wird, die sich nicht selbst helfen können, und vor allen Dingen zum Dritten, dass wir unserer Bevölkerung, den Menschen Perspektiven für die Zukunft geben.

Wenn ich das höre, was die Vorredner gesagt haben, dieser Haushalt wäre kraftlos und hätte keine Schwerpunkte, kann ich einfach nur den Kopf schütteln. Ich nenne nur ein Beispiel dieser Schwerpunkte: den Bereich Bildung. Ein Drittel des Gesamthaushaltes fließt in diesen Bereich, und über eine Milliarde Euro mehr fließen zusätzlich in den Bereich Bildung. Vielleicht ist das ein Rechenexempel, das man in bestimmten Größenordnungen nicht mehr versteht; aber es ist über eine Milliarde Euro. Ich nehme das einmal als Vergleichsgröße für die GRÜNEN. Die Änderungsanträge der GRÜNEN in den Haushaltsberatungen mit knapp 800 Änderungsanträgen haben insgesamt ein Volumen von 730 Millionen Euro im Doppelhaushalt gehabt. Die erwähnte Milliarde Euro übersteigt – das nur zur Erklärung – diesen Betrag wesentlich. Dieses Geld gibt es zusätzlich für den Bereich Bildung. Damit ist mindestens ein Schwerpunkt eindrucksvoll belegt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte erwähnen: Auch die SPD hat sich Gedanken gemacht, wie sie mit Änderungsanträgen ihre Meinung einbringt. Wir haben – das möchte ich auch erwähnen, dafür bin ich sehr dankbar – mit den Kolleginnen und Kollegen sehr sachlich darüber

diskutiert und auch wirklich abgewogen, was die wichtigen Ansätze sind. In Ihrem Bereich sind es fast 390 Millionen Euro, die durch Änderungsvorschläge zusätzlich als Belastung für den Freistaat Bayern zu diesem Haushalt dazugekommen wären. Aber jetzt wird es interessant: Das ist aber auch nur deshalb so wenig, weil Sie über 3 Milliarden Euro über Schulden finanziert hätten. Das ist für mich ein ganz wichtiger Aspekt, da wir immer in der Diskussion über das Sondervermögen stehen. Zielsetzung des Sondervermögens war, einerseits die Sicherheit und die Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten und andererseits vor allen Dingen Nachholbedarf in der Infrastruktur zu bedienen, indem man die Mittel genau dorthin fließen lässt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Ihre Vorschläge dienen eigentlich nur laufenden Angelegenheiten. Wenn man dann davon ausgeht, dass Sie Jahr für Jahr diese Summen über Darlehen finanzieren wollen, Jahr für Jahr Kredite aufnehmen wollen –

(Widerspruch des Abgeordneten Holger Grießhammer (SPD))

– oder denken Sie, dass das Geld vom Himmel fällt? –, muss man sagen: Das ist keine solide Finanzpolitik, das entspricht nicht der Verantwortung, die wir in diesen schwierigen Zeiten für dieses Land haben, und vor allen Dingen ist es keine Verantwortung, sondern Verantwortungslosigkeit angesichts dessen, was wir unseren Kindern und unseren Enkeln aufbürden würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Lieber Holger Grießhammer, ich möchte dich direkt fragen. Als Familienvater hast du es in deiner Rede so eindrucksvoll geschildert – viele von uns können da mitfühlen –, aber wer von uns würde wirklich auf Kosten seiner Kinder Darlehen aufnehmen, um laufende Angelegenheiten zu finanzieren?

(Zuruf des Abgeordneten Holger Grießhammer (SPD))

Das machen wir dann – sehr richtig –, wenn es um Infrastruktur geht, nur waren eure Änderungsanträge leider nicht alleine auf Infrastruktur abgestellt,

(Zuruf des Abgeordneten Holger Grießhammer (SPD))

sondern sahen im Gegenteil einen Großteil für Sozialleistungen vor. Das waren Leistungen für laufende Kosten, um Löcher zu stopfen, für Maßnahmen, die natürlich der Wählerklientel dienen. Leider muss man auch sagen – das ist meine persönliche Meinung –: Früher hat sich die SPD um die arbeitende Bevölkerung gekümmert, heute kümmert sie sich mehr um die nicht arbeitende Bevölkerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte aber eines schon auch noch vertiefen, was meines Erachtens besonders wichtig ist – das kam schon zum Ausdruck –, und das ist, dass wir gemeinsam in der Verantwortung stehen. Jetzt haben wir hier natürlich extreme Verantwortung. Es war übrigens auch sehr interessant, dass gerade die beiden Flügel beantragt haben, die Stelle des Beauftragten für Bürokratieabbau abzuschaffen. Jetzt muss man der Bevölkerung einmal erklären: Eine Hauptsorge unseres Handwerks, unserer Unternehmen und unserer Bevölkerung ist Bürokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ausgerechnet diese Stelle möchten Sie von diesen beiden Flügeln abschaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Verehrte Kollegen der AfD, wie oft propagieren Sie Bürokratieabbau, Bürokratieabbau, Bürokratieabbau? Da merkt man genau den Unterschied zwischen Reden, Phrasendreschen und dann aber richtig zu handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf von der AfD: Es wird gehandelt!)

Die Diskussion um den Etat werden wir diese Woche zu den Einzelplänen führen, aber ich möchte eines gleich vorneweg herausstellen: Dass die öffentliche Hand ihre Aufgaben erfüllen kann, muss dauerhaft gesichert werden. Das heißt: Einerseits

haben wir laufende Ausgaben, die sich daran orientieren müssen, was tatsächlich eingenommen wird. Jetzt verwende ich auch eine Phrase: Wir haben ein Ausgabenproblem und kein Einnahmenproblem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben in den vergangenen Jahren viel zu viel versucht, Einzelinteressen zu bedienen. Wir haben viel zu viel versucht, Ausgleich in Lebensbereichen zu schaffen, für die jeder in erster Linie selber verantwortlich ist und die sich jeder auch selbst finanzieren kann. Dabei haben wir sogar vergessen, die Unterstützung letztendlich den Gruppen zu geben, die tatsächlich Unterstützung brauchen. Das ist besonders schwierig im Hinblick darauf, in welchem Spektrum wir uns bewegen. Ich glaube, die Bevölkerung merkt mittlerweile sehr genau, dass weder das eine noch das andere der richtige Weg ist, um diese Aufgabe jetzt zu lösen.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Deshalb sage ich, wir brauchen nicht nur einen Ruck, sondern wir brauchen einen Schulterschluss. Wir brauchen einen Schulterschluss aller vernünftigen Akteure, nicht nur in der Politik.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Gerne!)

– Gerne, gerne mit herkommen. Wir brauchen einen Schulterschluss nicht nur in der Politik, sondern auf allen Ebenen bis hinunter zur kommunalen Ebene. Wir brauchen ihn aber auch in den Gesellschaftsschichten, damit wir uns da endlich nicht weiter in die Extreme treiben lassen, sondern diese Lösungen gemeinsam angehen.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Dazu kann ich immer aufrufen. Genau das hat man in den Haushaltsberatungen versucht. Ich bin überrascht, dass man jetzt im Plenum mehr mit Schaufensterreden

(Claudia Köhler (GRÜNE): Alles abgelehnt!)

und mit Phrasen agiert; aber wir werden noch genügend Gelegenheit haben, das entsprechend zu beweisen und diesen Schulterschluss im Sinne der Bevölkerung zu schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Kollege Martin Böhm von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, danke für das Wort. – Kollege Frühbeißer, während 70 Jahren CSU-Regierung – zum großen Teil Alleinherrschaft in Bayern – ist die Bürokratie bei uns im Freistaat nahezu ins Uferlose gewachsen. Das hat die CSU auch ganz ohne die Eurokratie geschafft. Streben nach Bürokratieabbau muss jedem Ministerium immanent sein; das muss innerhalb des Ministeriums vermittelt werden. Dafür braucht man keine Beauftragten, und genau deswegen haben wir das aus dem Haushalt herausgestrichen.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Vielen Dank, Herr Kollege. Dass Sie 70 Jahre zurückblicken zeigt, dass Sie eher im Gestern als im Morgen leben.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte aber, weil ich Sie durchaus ernst nehme, natürlich auf Ihre Frage antworten. Wenn Sie sich damit befassen – und es sitzt auch ein Kollege aus Ihrer Fraktion in der Enquete-Kommission –, welche Vorschläge da gemacht werden und damit, welche Analysen dort angestellt werden, merken Sie sehr deutlich, dass Bürokratie nicht gleich Bürokratie durch den Gesetzgeber ist, sondern durch vielerlei Außenwirkung entsteht: einerseits durch die Rechtsprechung, andererseits zum Beispiel durch Sozialversicherungsträger, die KUVB und verschiedene Organisationen, die auch DIN-Vorgaben machen. Genau diese Ansätze werden verfolgt. Sie haben aber noch nicht verstanden – das wird man aber auch im Auftrag an die Enquete-Kommission nachle-

sen können –, dass sich die Enquete-Kommission um die allgemeinen Themen, um Handlungsempfehlungen, um Grundsätzliches kümmert, –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): – und der Beauftragte für Bürokratieabbau kümmert sich ganz konkret um die Einzelfälle. Deshalb ist diese Stelle legitim und vor allen Dingen gerechtfertigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner für die CSU-Fraktion ist der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Herr Kollege Josef Zellmeier. Bitte schön.

Josef Zellmeier (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn möchte ich als Ausschussvorsitzender natürlich erst einmal ein Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss richten. Ich bedanke mich für die in weiten Teilen sehr sachliche Diskussion und für das damit verbundene Engagement, insbesondere bei meinem Stellvertreter Bernhard Pohl. Danke für die hervorragende Zusammenarbeit! Ich glaube, wir haben ein gutes Werk und eine gute Grundlage für die heutige Haushaltsdebatte geschaffen.

Bei der Generaldebatte bin ich immer gerne der letzte Redner der CSU-Fraktion, weil ich mir gerne anhöre, was die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition alles über negative Dinge, die schieflaufen, wissen. Und dabei denke ich mir immer: Warum ist dann Bayern das in Deutschland und in Europa begehrteste Bundesland? Warum sind wir diejenigen, die am meisten in den Länderfinanzausgleich einzahlen?

Diese 70-jährige Regierungszeit der CSU, die vorhin zitiert worden ist, muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Bayern war eines der großen Empfängerländer. Das heißt, wir haben viel Geld bekommen. Nach heutigen Maßstäben ist das nicht mehr viel; es waren gut drei Milliarden. Aber wir haben 30 Jahre lang Geld von den anderen Bundesländern erhalten, und wir haben es unter der Führung der CSU

sinnvoll eingesetzt. Wir sind heute Hauptgeberland, und im Gegensatz zu dem, was in der Bevölkerung oft kolportiert wird, sind die Ausgaben dafür nicht entscheidend, sondern nur die Einnahmen. Das heißt, wir haben gute Einnahmen, und deshalb sind wir der Hauptzahler im Länderfinanzausgleich. Wir haben über die Jahrzehnte eine diametrale Wende erlebt: vom Hauptempfänger zum Hauptzahler. Und worauf ist das zurückzuführen, lieber Michael Hofmann? – Auf gute bürgerlich-konservative Politik der CSU.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn die Kollegin Schulze dann davon spricht, dass der Haushalt nicht dafür geeignet sei, Bayern aufzuwecken, stelle ich fest: Bayern muss man nicht aufwecken. Wir stehen immer an der Spitze des Fortschritts. Liebe Kollegin, wenn Ihre Aussage wirklich wahr wäre und wir aufgeweckt werden müssten, dann frage ich mich, was wäre dann mit Restdeutschland? – Das müsste sich dann ja im Tiefschlaf befinden. Das wollen wir doch nicht hoffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine gezielte Entwicklung unseres Landes, und wir entwickeln unser Land auch in schwierigen Zeiten. Wir investieren trotz einer schwierigen Finanzlage, die ja allgemein bekannt ist, in die Zukunft, und das zeichnet diesen Haushalt aus. Wir unternehmen viel, um – und ich nehme ein Wort des Kollegen Pohl auf – das Vertrauen zu stärken. Wir sind diejenigen, auf die man sich auch in schwierigen Zeiten verlassen kann. Wir sind bereit, schwierige Entscheidungen zu treffen. In diesem Zusammenhang sind die Themen Verschiebung der Besoldungsanpassung für Beamte, das Familien- und Pflegegeld und viele Dinge mehr angesprochen worden. Das sind keine schönen Entscheidungen; aber nur mit Sonnenscheinentscheidungen, wie sie die linke Opposition fordert, kommen wir in schwierigen Zeiten keinen Schritt weiter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schuldenmachen ist keine Lösung. Wie Sie wissen, haben wir dem Sondervermögen des Bundes zugestimmt, weil wir der Überzeugung sind, dass es momentan notwendig ist. Wir haben nicht gerne zugestimmt; aber wir haben zugestimmt, weil es notwendig ist. Natürlich nehmen wir die Mittel gerne in Anspruch; denn dafür sind sie da. Wir sind das Bundesland, das mit Abstand am meisten in den Bundesetat einzahlt. Wir sind nicht nur im Länderfinanzausgleich die Hauptzahler; wir sind auch beim Bundesanteil der Steuereinnahmen die Hauptzahler. Darum nehmen wir das Geld gerne in Anspruch. Aber ich sage auch: Das ist uns nicht leichtgefallen. Die Lösung der SPD und der GRÜNEN, das Sondervermögen in Anspruch zu nehmen und in Bayern zusätzlich Schulden zu machen, ist nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Katharina Schulze (GRÜNE): Das haben wir nicht gesagt!)

Man muss, wie es Kollege Grießhammer gesagt hat, die Lebensrealität sehen. Ja, diese Realität sehen wir. Ich sage Ihnen eines: In jeder Familie und in jedem Unternehmen verhält es sich gleich. Man kann, wenn man investiert, ausnahmsweise einmal Schulden aufnehmen, zum Beispiel das Sondervermögen des Bundes für die Verteidigung, zum Beispiel das Sondervermögen des Bundes für die Kommunen, das wir, glaube ich, sehr stark platziert haben. Sie fordern, seitdem ich hier im Haus bin, immer das Gleiche: Ja, machen wir halt Schulden, dann geht es besser weiter. – Aber dauerhaft Schulden zu machen, das kann sich in der Lebensrealität niemand leisten, weder im Unternehmen noch in der Familie. Wer trotzdem so agiert, geht unter, weil er die Zins- und Tilgungslasten nicht tragen kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Generationengerechtigkeit ist uns sehr wichtig. Das bedeutet, dass wir unseren Nachfolgern keine Schulden hinterlassen. Die Zinslast ist in Bayern mit 0,9 % extrem niedrig, und wir wollen nicht, dass sie ansteigt. Das sind alles Gelder, die wir künftig brauchen und nicht in Zinsen stecken wollen. Darum war es richtig, schwierige Ent-

scheidungen zu treffen, nämlich einzusparen, wo es vertretbar ist, und in die Zukunft zu investieren, wo es notwendig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wachstumsorientierte Haushaltspolitik ist dringend notwendig, und wir tun alles dafür. Wir haben eine hohe Investitionsquote, und wir stecken das Sondervermögen in die Investitionen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, diese Investitionen gerade im kommunalen und im staatlichen Anteil einmal zu betonen. Das bedeutet, dass wir Werte für die Zukunft schaffen und damit auch für die Zukunft der jungen Generation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt hat natürlich viele Komponenten. Ich will jetzt nicht auf die einzelnen Themen zu sehr eingehen; aber eines sei noch gesagt: In Bildung und Forschung macht uns niemand etwas vor. In der Förderung der mittelständischen Wirtschaft macht uns niemand etwas vor. Bei der inneren Sicherheit sind wir Marktführer in Deutschland und in Europa. Warum lebt man in Bayern so sicher? – Weil es die CSU gibt, weil es die Koalition gibt und weil wir für Sicherheit einstehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will jetzt Frau Ebner-Steiner nicht groß erwähnen; aber eines muss ich sagen: Sie behaupten immer, in Bayern lebt man gefährlich. Ich sage Ihnen dagegen: Bayern ist nicht nur das mit Abstand sicherste Bundesland; viele Menschen und viele Unternehmen investieren in Bayern oder kommen zu uns, weil sie wissen, dass man in Bayern sicher lebt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist das Markenzeichen unserer Politik, und das lassen wir uns von niemandem streitig machen. Wir stehen zu unserer Polizei und zu unseren Beamten, und wir statten sie gut aus. Als ein wichtiges Thema kann die Drohnenabwehr genannt werden, in die wir wieder viel Geld investieren, weil wir unseren Bürgern in allen Bereichen des

Lebens Verlässlichkeit, Sicherheit und Zukunft bieten wollen. Das sind die wichtigsten Themen, die ein Haushalt darstellen muss.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir investieren in den kommunalen Hochbau. Wir schaffen Stellen vor allem im Bildungs- und Sicherheitsbereich, obwohl wir ein Moratorium im Jahr 2026 haben. Im Jahr 2027 soll ein moderater Anstieg erfolgen, wo er zwingend notwendig ist. Das heißt, wir verlangen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einiges ab. Aber alle wissen, Bayern steht zu seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, weil wir gutes Personal haben. In dem Zusammenhang muss man sagen, dass der Personalkostenanteil bei uns in Bayern am höchsten ist. Deshalb müssen wir dem Personal mit der Verschiebung der Besoldungserhöhung einen kleinen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts abverlangen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist das Land der Start-ups, es weist eine Gründerszene auf, die es sonst nirgendwo gibt. Bayern ist das Land des Mittelstands, des Handwerks usw. Darauf setzen wir auch in Zukunft, und das ist ein Schwerpunkt im Haushalt.

Ich sehe, dass meine Redezeit zu Ende ist. Ich danke Ihnen allen. Ich freue mich auf die Beratung in den nächsten beiden Tagen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, kommen Sie bitte tatsächlich zum Ende.

Josef Zellmeier (CSU): Ich denke, wenn einmal der Pulverrauch der Haushaltsdebatte verzogen ist, werden wir im Haushaltsausschuss wieder sachlich diskutieren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann um das Wort gebeten. Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die bisherige Debatte, insbesondere die Beiträge der Redner der Regierungskoalition, hat, glaube ich, schon sehr deutlich gemacht, der vorliegende Doppelhaushalt ist ein starker Haushalt mit Weitblick.Das ist kein Wunder; denn er ist ein Ausdruck der starken Politik der Bayerischen Staatsregierung, der Regierungskoalition und des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder. Er ist eine echte und klare Zukunftsagenda über alle Politikfelder hinweg. Diese ist auch notwendig; denn die Lage, in der wir uns befinden, ist ernst.

Die Lage war schon in den letzten Jahren ernst. Vor zwei Jahren stand am Anfang der Haushaltsdebatte die Hochwasserkatastrophe. In den Jahren davor hatten wir die Corona-Pandemie. Ab dem Jahr 2020 haben wir uns ununterbrochen mit den schweren Herausforderungen und Verwerfungen der Corona-Pandemie beschäftigt. Heute sind wir keineswegs in einer leichteren Situation. Heute sind es geopolitische Herausforderungen, die Auswirkungen auf die Energiepreise und die gesamte Wirtschaft haben, sodass wir als Freistaat Bayern in unserem Haushalt darauf reagieren müssen.

Der Kern des Problems ist dreifach. Erstens hat unser Geschäftsmodell früher so hervorragend funktioniert. Wir hatten Produkte, die auf dem Weltmarkt führend waren. Wir hatten einen funktionierenden Exportmarkt und konnten deshalb ganz hervorragend wirtschaften. Dieses Geschäftsmodell steht unter Druck, weil andere besser geworden sind. Es gibt andere, die auch hervorragende Produkte herstellen. Deshalb müssen wir uns neu erfinden. Wir müssen innovativ und kreativ sein. Zweitens gibt es andere, die den Freihandel nicht mehr wollen und mit Protektionismus arbeiten wollen. Das ist für den Absatz unserer Produkte ein Problem. Drittens gibt es andere, die eine völlig andere Weltordnung wollen.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Voraussetzungen ist es wichtig, auf den Kern hinzuweisen. Das ist das Entscheidende bei diesem Haushalt. Das ist es, worauf die Redner der Regierungskoalition hingewiesen haben und wo die Redner der Opposi-

tion das Thema verfehlt haben. Sie haben über alles Mögliche geredet, aber nicht über den Kern: Wie schaffen wir es, wettbewerbsfähig zu bleiben? – It's the economy, stupid! Am Ende ist es entscheidend, dass wir Arbeitsplätze schaffen, damit die Menschen in diesem Land eine Zukunft haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, nur dann, wenn die Menschen eine Perspektive mit Arbeitsplätzen für sich, für ihre Familie, für ihre Kinder und für ihre Enkel sehen und haben, dann glauben sie auch an die Demokratie und an unser offenes, freies und liberales System. Aus diesem Grund sind solide Finanzen nicht ein Selbstzweck oder eine Spielwiese für Haushaltspolitiker, sondern ein Teil unserer demokratischen Sicherheitsarchitektur.

Deshalb geht an erster Stelle mein Dank an den Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder für diesen klaren Kurs. Seit mittlerweile acht Jahren ein klarer Kurs durch all die schweren Phasen!

(Kerstin Celina (GRÜNE): Was denn für ein "klarer Kurs"?)

Ein klarer Kurs mit einer klaren Perspektive, worauf es ankommt. Ein klarer Kompass. Dazu Weitblick und Augenmaß. Von all diesen Dingen ist dieser Haushalt geprägt. Wir halten Kurs, wir investieren, wir reformieren und konsolidieren. Wir nehmen die Lage ernst und machen Politik, die auch dann Tragfähigkeit beweist, wenn es unbequem wird.

Deshalb an dieser Stelle auch der herzliche Dank an den Finanzminister Albert Füracker für die umsichtige Planung dieses Haushalts. Es war nicht immer einfach, weil viele Wünsche bestehen. Es war auch nicht einfach, den Kurs beizubehalten. Danke fürs Kurshalten! Ich danke auch den Rednern der Regierungskoalition, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier, dem Kollegen Pohl, den beiden Fraktionsvorsitzenden und dem gesamten Haushaltsausschuss.

Anders war es allerdings bei den Reden der Opposition. Beim Herrn Grießhammer war es weniger so; aber bei der Kollegin Schulze und der Kollegin Ebner-Steiner frage ich mich schon: Wovon haben Sie eigentlich geredet? Von welchem Land haben Sie eigentlich geredet? War das ein Fantasieland oder der Freistaat Bayern? Mit Fakten und einer echten Tatsachenanalyse hatten Ihre beiden Reden gar nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Darum kann ich sagen: Frau Schulze, Ihre Rede war heute gar nicht mal so gut.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Der Herr Oberlehrer vergibt Noten! – Gegenruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Ich nehme an, dass es besser ist, vor dem Siegestor als TikTok-Kulisse irgendwelche Reden über Freiheitsenergien und andere Begriffe zu schwingen, die Eckhard Henscheid in den 1980er-Jahren im Bereich des Dummdeutschen verortet hätte,

(Zurufe der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE) und Tim Pargent (GRÜNE))

weil diese Begriffe überhaupt keinen Sinn haben, sondern nur eine Show sind. Meine Damen und Herren, es geht aber nicht um Show, sondern um harte Fakten.

(Unruhe)

Sie reden von "Visionen". Sie fordern Visionen ein. Ich sage Ihnen: Wir sind froh, dass die rot-grünen Visionen Habeck’scher Prägung jetzt zu Ende sind. Sie brauchen auch so schnell nicht wiederkommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

Frau Kollegin Schulze, Sie legen ja immer so viel Wert auf Wahrhaftigkeit und Klarheit. Vieles von dem, was Sie hier behauptet haben, stimmt einfach nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Man sollte Ihre Rede mal einem Faktencheck unterziehen. Das wäre eine Aufgabe für den Bayerischen Rundfunk, dazu einen Faktencheck anzulegen und zu prüfen, ob das alles stimmt, was Sie gesagt haben. Fakt ist, dass wir für die Klimapolitik, bei den erneuerbaren Energien, eine Milliarde Euro jährlich ausgeben. Wir haben die Ausgaben hier auf eine Milliarde Euro pro Jahr gesteigert.

(Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Christian Hierneis (GRÜNE))

Wir haben für den Schutz und Umbau der Wälder und die Wiedervernässung von Mooren die Gelder erhöht.

Ich sage es auch an dieser Stelle noch einmal; denn es scheint notwendig zu sein, es immer wieder zu wiederholen: Bayern ist hervorragend beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir haben doppelt so viel Leistung aus erneuerbaren Energien wie Baden-Württemberg und 57 % mehr als Nordrhein-Westfalen. Beim Zubau sind wir ebenfalls die Nummer eins. Es stimmt einfach nicht, was Sie immer wieder behaupten. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Zahlen nehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Mehr als ein Viertel des Photovoltaik-Zubaus und mehr als ein Fünftel des gesamten Zubaus an erneuerbaren Energien in Deutschland lag im Jahr 2025 in Bayern.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Wir haben im Jahr 2025 netto mehr zugebaut als neun andere Bundesländer zusammen. Wir sind also mit Abstand Spitzenreiter beim Ausbau der Photovoltaik. Bei der Biomasse und der Wasserkraft sind wir es sowieso. Das ist auch so bei der Windkraft.

(Katharina Schulze (GRÜNE): In diesem Jahr wurden in Bayern lediglich drei Windräder gebaut!)

– Sie verbreiten hier Fake News. 700 Windräder sind zusätzlich angemeldet. Wir gehen überall voran. Wir sind auch beim Ausbau der Ladeinfrastruktur vorn. Das ist die Realität und nicht der TikTok-Veitstanz, den Sie hier immer wieder aufführen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Den gleichen Realitätscheck sollten wir auch bei den anderen von Ihnen kritisch angesprochenen Themen machen, nämlich zum Beispiel bei der Kindertagesbetreuung. Seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Markus Söder gab es über 22 Milliarden Euro Förderung für bayerische Kitas. Über 22 Milliarden Euro! Wir haben 106.000 Kitaplätze für Kinder unter sechs Jahren geschaffen. Das ist ein Zuwachs von knapp 16 % aller Plätze. Jeder siebte Betreuungsplatz in Bayern wurde seit 2018 geschaffen. Bayern investiert im Jahr 2026, also in dem jetzt zu verabschiedenden Haushalt im ersten Jahr, 4,3 Milliarden Euro in die Kinderbetreuung. Das sind 500 Millionen Euro mehr als im Jahr 2025, und das ist doppelt so viel wie im Jahr 2018. Das ist eine Verdoppelung innerhalb der letzten acht Jahre. Ich finde das maßgeblich.

Sie können das mal vergleichen. Unterm Strich sind das pro Kind jährlich 6.600 Euro staatliche Förderung in Bayern. Eine massive Erhöhung staatlicher Mittel steht in den kommenden Jahren also bevor. Insgesamt sind das 2,7 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030. Das ist sehr beachtlich. Das betrifft nicht nur den Bereich der Erzieherinnen und Erzieher, sondern auch den Bereich der Teamkräfte. Es ist also überall ein massiver Aufbau. Das ist die Realität in diesem Bereich, nicht die Zahlen, die Sie ständig nennen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der letzte Praxis- und Faktencheck betrifft in diesem Kontext Schule und Bildung. In diesem Bereich sind 59,5 Milliarden Euro in diesem Haushalt. Ein Drittel des gesamten Haushalts steht für Bildung, Schule und Wissenschaft zur Verfügung. Das wissen wir. Das sagen wir jedes Mal. Darauf sind wir auch stolz. Das ist auch absolut wichtig. Entscheidend ist aber der Vergleich. Wir sind die Nummer eins unter den

Flächenländern bei den Ausgaben pro Schüler. Wenn Sie vergleichen, wie viel Geld der Freistaat pro Schüler ausgibt, dann stellen Sie fest, wir sind die Nummer eins. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind 11.300 Euro pro Schülerin bzw. Schüler in Bayern. In Baden-Württemberg sind das 9.600 Euro. In anderen Bundesländern ist es noch weniger. Das möchte ich einmal betonen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen haben wir 6.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Fast die Hälfte haben wir noch mal im Doppelhaushalt. Das sind 2.900 Lehrerstellen. Das sind echte Meilensteine. Wir machen im Jahr 2027 mit zusätzlichen 1.500 Lehrerstellen weiter. Man kann also nicht sagen, wir würden an den Schulen sparen, wie Sie das vorher behauptet haben. Das sind Fake News, die wir zurückweisen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Ich wollte einfach mal klarstellen: Das Volumen dieses Haushalts ist beeindruckend.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

168 Milliarden Euro sind in diesem Haushalt. Der entscheidende Punkt ist: Das alles gelingt ohne Neuverschuldung. Das wird immer zu wenig betont.Wie viele sind draußen rumgelaufen! Ich bin mir ziemlich sicher, es waren sogar die Zeitungskommentare schon fertig geschrieben: Die Staatsregierung gibt das Ziel des Haushalts ohne Neuverschuldung auf.

(Claudia Köhler (GRÜNE): So ein Schmarrn!)

Die waren alle bestimmt schon fertig, weil es jeder vermutet hatte.

Wir haben das aber nicht gemacht, und zwar ganz bewusst. Wir könnten es tun. Das ist der entscheidende Punkt: Die Berliner Veränderungen der Verfassung hätten das ermöglicht. Wir hätten in diesem Doppelhaushalt 4,8 Milliarden Euro neue Schulden

machen können oder dürfen. Aber "dürfen" heißt nicht "müssen". Wir sind nicht verpflichtet, das zu machen.

Es ist auch klug, das nicht zu tun, weil die alte Argumentation, dass Schulden von heute eine Belastung für die künftigen Generationen sind, natürlich nach wie vor gilt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man das vermeiden kann, dann soll man es vermeiden.

Man kann das auch in Zahlen zum Ausdruck bringen. Wir liegen bei diesem Doppelhaushalt jetzt bei einer Zinslastquote von unter einem Prozent. Das hat der Finanzminister bereits in der Einbringungsrede ausgeführt. Hätten wir die gleiche Zinslastquote wie die anderen Länder in Westdeutschland, müssten wir bei diesem Doppelhaushalt ungefähr 2,2 Milliarden Zinsen – nicht neues Geld, sondern Zinsen – bezahlen.

(Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

2,2 Milliarden Zinsen, wenn wir so eine Zinslastquote hätten, wie sie die westdeutschen Flächenländer insgesamt haben! Das sind natürlich enorme Summen.

Jetzt kann man sagen: Ist egal, 2,2 Milliarden, was ist das schon? – Das ist aber ungefähr der Umwelthaushalt vom Kollegen Glauber mit 1,3 Milliarden Euro und der Gesundheitshaushalt von 0,9 Milliarden Euro. Wenn man da jetzt auch noch 2,2 Milliarden Euro an Zinsen zahlen müsste, dann sieht man: Das wäre eine strategische, politische Fehlentscheidung. Es ist richtig, dass wir das nicht tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gleichzeitig heißt das aber auch, dass wir natürlich konsolidieren müssen und die Bäume an bestimmten Stellen nicht in den Himmel wachsen. Das ist auch deshalb so, weil wir noch eine weitere Ausgabeposition im Haushalt haben, die uns schmerzt, nämlich den Länderfinanzausgleich. Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!

(Martin Wagle (CSU): Irrsinn!)

Das sind enorme Beträge. Im Jahr 2025 sind es 11,6 Milliarden, fast 11,7 Milliarden Euro; das sind rund 60 % des gesamten Länderfinanzausgleichs. Wir sind mit Abstand der größte Zahler, das wissen wir; das ist seit über 15 Jahren der Fall. Wir zahlen jeden Monat knapp eine Milliarde Euro an Länderfinanzausgleich.

(Martin Wagle (CSU): Unglaublich!)

Sie können das auch anders ausrechnen: Bayern zahlt alle dreieinhalb Monate so viel in den Länderfinanzausgleich ein, wie wir seit 1950 erhalten hatten. Das waren nämlich diese 3,4 Milliarden.

Daran sieht man einfach einmal die Dimension. Da geht es auch nicht darum zu sagen, wir wollen nicht solidarisch sein. Aber es kann nicht sein, dass wir mittlerweile 140 Milliarden bezahlt haben. Jährlich wächst der Betrag um ungefähr 12 Milliarden, und alle anderen sagen: Vielen Dank, ist großartig, aber wir wollen nicht darüber reden und das nicht reformieren.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, darum ist es richtig, dass die Klage anhängig ist und dass wir an diesem Thema dranbleiben, weil wir dieses Geld auch sehr gut gebrauchen könnten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen sage ich auch in Richtung der GRÜNEN: Allein die Tatsache, dass wir fast 12 Milliarden an Länderfinanzausgleich bezahlen, ist gewissermaßen der PCR-Test der Solidität unseres Wirtschaftens. Denn wenn wir nicht leistungsfähig wären, dann würde niemand von uns Länderfinanzausgleich verlangen. Das ist einfach der Gegenbeweis für diese ganzen Thesen, dieses ganze Zerrbild, das Sie immer von unserer Politik und von Bayern zeichnen. Das ist das Faktum, dass wir 12 Milliarden

an Länderfinanzausgleich bezahlen. An diesem Faktum kommt niemand vorbei, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich bleibt es auch noch bei den Rücklagen. Auch die Steuermehreinnahmen im Rahmen der Steuerschätzung sind hilfreich; sie sind aber kein Allheilmittel.

Frau Kollegin Schulze, ich betone das noch einmal, weil Sie das gestern über die dpa geäußert haben: Jetzt darauf zu setzen, dass Erbschaftsteuereinnahmen kommen, ist natürlich auch keine solide Finanzpolitik.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Die stehen doch schon im Haushalt! – Zuruf von den GRÜNEN: Die Erbschaftsteuer ist doch schon da!)

Man kann nicht so arbeiten, dass man Zeitung liest und auf der Basis von Zeitungslesen den Haushalt zusammenstellt. Das ist Nummer eins.

Nummer zwei. Die Hälfte davon geht sowieso in den Länderfinanzausgleich.

Nummer drei. Mit der gleichen Logik könnte der Finanzminister einfach sagen, er spielt jetzt Lotto. Das wäre ungefähr genauso solide.

(Claudia Köhler (GRÜNE): So ein Schmarrn!)

Also ist das nicht sinnvoll, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE): Haben Sie den Haushalt gelesen?)

Ich möchte jetzt schon noch kurz auf die Schwerpunkte, die zentralen Punkte eingehen, anhand derer klar wird, was der Kern der Politik des Ministerpräsidenten und der Bayerischen Staatsregierung ist, wie sie sich dann in diesem Haushalt zum Ausdruck bringt.

Das ist in erster Linie der Fokus auf der Investition. Ich glaube, das macht uns niemand in Deutschland nach: Wir investieren in diesem Haushalt 28,5 Milliarden Euro. Das ist eine Investitionsquote von 17 %.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Bundesgeld!)

Im Vergleich zum letzten Doppelhaushalt ist sie noch einmal gewachsen. Massive Investitionen! Sie sind der Schlüssel für eine vernünftige, zukunftsgerichtete Politik. Die Investitionsquote ist also sehr entscheidend.

Ein bedeutender Ausgabenblock sind hierbei Bildung und Forschung. Das sind aber auch die Hochschulen, genauso wie die Schulen, es ist generell die Bildung, es ist die Zukunftsfähigkeit.

In dem Kontext will ich einfach noch einmal sehr deutlich machen, womit der Ministerpräsident, die Staatsregierung, die Koalition vor acht Jahren begonnen haben, nämlich mit der Hightech Agenda. Die Hightech Agenda ist nicht ein Einmalfeuer, wo heute was gemacht wird und morgen kommt der Effekt und das war es dann, sondern die Hightech Agenda ist ein lang angelegtes Projekt.

Frau Schulze, zum Thema Visionen: Ich mag das Wort nicht so besonders. Helmut Schmidt hat einmal gesagt, wer Visionen hat, solle zum Arzt gehen. Wenn Sie aber von irgendjemandem Visionen einfordern, dann müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen, dass der Politik dieser Staatsregierung ein langer Atem zugrunde liegt; der heißt Hightech Agenda, und das zieht sich jetzt schon seit acht Jahren durch – egal, auf welche Hochschulveranstaltung Sie gehen.

Kürzlich haben wir bei der BLM das KI-Reallabor eingeweiht. Da steht dann eine Professorin, die sagt: Meine Stelle ist von der Hightech Agenda. – Das passiert Ihnen ständig, weil das genau die Idee dahinter war. Die Dinge greifen und funktionieren also.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, deshalb braucht uns hier niemand vorzuwerfen, es gäbe in der bayerischen Politik keinen weitblickenden Ansatz. Im Gegenteil, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE): Thema verfehlt!)

– Themaverfehlung ist das, was bei Ihnen die ganze Zeit passiert ist. Das sieht man ja. Der entscheidende Punkt ist, dass das richtige Thema die Innovation ist. Nur in der Innovation liegen die Produkte und die Geschäftsmodelle der Zukunft. Nur in der Innovation.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Aber zusätzlich! Dann darf man den Haushalt nicht mit den neuen Bundesmitteln entlüften!)

– Das sind auch Fake News; darauf werde ich gleich noch kommen. Jeder Euro, der vom Bund zur Verfügung gestellt und sinnvollerweise und auf Initiative des Ministerpräsidenten an die Kommunen durchgereicht wird, wird in Investitionen gesteckt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Genau! – Claudia Köhler (GRÜNE): Aber nicht in zusätzliche!)

Da können Sie rechnen und schieben, weil Sie es uns nicht gönnen. Aber Fakt ist: Wenn das Geld nicht da wäre, dann würde es auch nicht investiert werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE): Quatsch!)

Jetzt ist es da, also wird es investiert.

Bei der Forschung im Bereich der Hochschulen brauche ich die Zahlen nicht alle zu nennen, weil Sie diese kennen. Ich sage nur: Die Hightech Agenda ist fünfmal die High-Tech-Offensive von Stoiber – und die war schon stark und hat Bayern schon nach vorne katapultiert. Fünfmal! Das Ganze jetzt mal fünf, weil wir wissen, wie wichtig dieser Bereich ist.

Das heißt konkret: Diese eine Professorin, die ich getroffen und genannt habe, ist eine von 1.000 neuen Professoren. 134 davon sind KI-Professoren. Sie war eine davon.

13.000 neue Studienplätze, 20 Spitzenforschungszentren. 20 Spitzenforschungszentren – das muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen! 4 KI-Knotenpunkte.

Das Ganze wirkt. Ich brauche das hier nicht alles im Detail auszubreiten. Das Ökosystem, das wir dadurch geschaffen haben, trägt seine Früchte, weil sich die Unternehmen dazu entscheiden, sich in Bayern anzusiedeln. Nicht nur in München, sondern überall dort, wo wir die unterschiedlichen Technologietransferzentren haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Summe sind es 7,5 Milliarden Euro an Investitionen. Das Wichtige ist ja, Investitionen von Unternehmen auszulösen. Seit 2018 7,5 Milliarden Euro Investitionen aus aller Welt – BMW, Siemens, Apple, Roche, SAP! Sie haben hier investiert. Sie könnten genauso gut woanders investieren – in Indien, in Osteuropa, in Amerika, in China. Oder halt in Bayern! Und sie tun es in Bayern. Das ist der Erfolg der Hightech Agenda.

Das ist der Punkt, den man immer wieder deutlich machen muss: Jeder Euro, der dort vom Staat investiert wird, wird durch Investitionen, die von Unternehmen aus dem Ausland und von anderswoher kommen, x-fach gehebelt.

Ich betone eins noch: Luft- und Raumfahrt – immer wieder wird darüber berichtet. Mittlerweile lacht keiner mehr. Wir haben damals schon nicht gelacht. Hier dagegen wurde schon gelacht und sich darüber lustig gemacht, teilweise aus politischen Gründen,

teilweise weil man es wirklich nicht besser verstanden hat. Aber es haben jetzt doch eigentlich alle verstanden, dass in dieser Luft- und Raumfahrt wahnsinnig viel Zukunft liegt. Sonst wären die Studienplätze nicht immer wieder ausgebucht und müssten an der neuen Fakultät nicht ständig mehr werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber wir haben das auch gesehen, als der Ministerpräsident vor zwei Wochen in Houston war in dem Kontrollzentrum, wo seit 30 Jahren die Internationale Space Station kontrolliert wird. Seit 30 Jahren sitzen die da, riesiger Bildschirm, verschiedene mittelgroße Bildschirme. Auf einem davon ist was? – Oberpfaffenhofen!

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Genau so ist es!)

Da ist nicht irgendein Ort irgendwo in Europa. Da ist Oberpfaffenhofen. Warum ist das so? – Weil wir schon immer an Luft- und Raumfahrt geglaubt haben und weil uns das wichtig ist. Vermutlich wird es dort so weitergehen. Die Artemis-Mission, die in Florida gestartet wurde, konnte man von dort beobachten. Auch dort wird immer von der ESA geredet, aber nicht nur von der ESA, sondern auch vom DLR in Bayern am Standort Oberpfaffenhofen. Das würde alles nicht passieren, wenn man nicht vom Staat aus hinterher wäre und wenn es nicht die klare Agenda des Ministerpräsidenten und der Staatsregierung wäre. Das ist deshalb wichtig.

Das gilt übrigens auch für diese wichtigen großen Supercomputer: 11 von 40, die es in Deutschland gibt, sind in Bayern, vor den anderen Bundesländern: Nordrhein-Westfalen 9, Baden-Württemberg 4. Wir sind da wirklich stark. Wir haben mehr als Großbritannien oder Indien. Auch da machen sich vielleicht viele lustig. Aber in 20 oder 30 Jahren wird es Geschäftsmodelle und Produkte geben, wenn nicht sogar schon früher, die genau darauf basieren. Das funktioniert mit den Supercomputern, mit dem Quanten-Computing, KI.

Alle, die da kleingläubig sind, werden bestraft werden. Hundertprozentig. Das wäre so, wie wenn man damals Carl von Linde, einem Münchner Professor, als er kam und sagte, ich will den Kühlschrank patentieren, gesagt hätte: Ach komm, lass mal, das bringt nichts, das brauchen wir nicht, das geht mit unseren Eiskellern alles wunderbar. Das brauchen wir alles nicht. – Diese Visionslosigkeit kritisiere ich zentral, auch an solchen Reden, wie wir sie heute wieder gehört haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb, meine Damen und Herren, bitte ich um Unterstützung für unseren Haushalt.

Ich möchte eines noch erwähnen, nämlich die innere Sicherheit. Innere Sicherheit ist auch so ein Thema. Wenn sie da ist, sind die Menschen zufrieden. Wenn sie nicht da ist, ist das Chaos. In Bayern sind wir seit 45 Jahren führend bei der inneren Sicherheit. Konkret heißt das: niedrigste Kriminalitätsbelastung, gerechnet pro 100.000 Einwohner 4.300, so wenig wie noch nie. Kollege Pohl hat es erwähnt – wir waren gemeinsam im Innenausschuss –, als wir hier angefangen haben, waren wir bei über 5.100 oder 5.200. Jetzt sind wir bei 4.300. Das ist die niedrigste Quote in ganz Deutschland. Berlin: 14.000. Bundesschnitt: 6.700 ungefähr. Nordrhein-Westfalen: 7.500. Allein an der Zahl merkt man es schon.

Wenn Sie dann noch die Aufklärungsquote nehmen: bei uns zwei Drittel. 68,1 % Aufklärungsquote. Berlin: 44,9 %. Nicht einmal die Hälfte aller Straftaten wird dort aufgeklärt. Daran sieht man: niedrige Straftatenzahlen, hohe Aufklärungsquote, wenig Chancen für Straftäter, hier erfolgreich zu sein.

Das fällt nicht vom Himmel, sondern ist die Konsequenz einer Politik der inneren Sicherheit, die man seit Jahrzehnten bewusst betreibt, indem man sagt, jede Straftat wird verfolgt, egal was für eine es ist. Es gibt keine komischen Deals, so wie das immer wieder auch von den GRÜNEN gefordert wird, wie zum Beispiel das Entkriminalisieren von angeblichen Ordnungswidrigkeiten. Ladendiebstahl zum Beispiel ist

keine Ordnungswidrigkeit, weil das ein Bruch von Eigentum ist. Das ist ein echtes Delikt.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Darum geht es doch in dem Haushalt überhaupt nicht! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Das Gleiche ist auch bei den Schwarzfahrten. Da geht es nämlich nicht um den, der einmal versehentlich schwarzfährt, weil der überhaupt kein Ordnungswidrigkeitenverfahren bekommt, sondern eine Ermahnung. Aber wenn einer persistierend vorsätzlich schwarzfährt, dann ist das eine Erschleichung von Leistungen, und das muss weiterhin strafbar bleiben. Das ist doch völlig logisch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN)

Deshalb investieren wir in diesem Haushalt 18 Milliarden Euro in die innere Sicherheit. Außerdem haben wir den stärksten Innenminister in ganz Deutschland, nicht nur den am längsten amtierenden,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

sondern auch denjenigen, der sehr deutlich rüberbringt, dass es nicht nur eine Frage des Geldes ist, sondern auch eine Frage der Grundeinstellung, wie ich zur inneren Sicherheit stehe, ob ich wie wir die bürgerlich-konservative Haltung habe, nämlich dass der Staat die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger schützt, oder ob ich, wie die Linken das sehen und zum Teil auch die Rechten, den Staat für den Feind der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger halte. Wenn man da falsch einknöpft, kommt man oben beim Hemd nie richtig raus. Wir haben das immer schon richtig gemacht, Joachim Herrmann sowieso. Mit diesen 18 Milliarden Euro gibt es noch einmal ein Aufwuchs bei der inneren Sicherheit, der aber völlig berechtigt ist, auch was die Ausstattung der Polizistinnen und Polizisten betrifft.

Meine Damen und Herren, ich will noch erwähnen, dass wir die Kommunen nicht im Stich gelassen haben. Die Kommunalwahl ist schon wieder ein paar Wochen her. Das

droht schon wieder in Vergessenheit zu geraten. Aber es ist wichtig, dass wir den kommunalen Finanzausgleich, und zwar aus rein bayerischen Geldern, um 845,8 Millionen Euro erhöht haben. Damit steigt der kommunale Finanzausgleich in Bayern um 7,1 %. Damit steigt der kommunale Anteil mehr, als insgesamt der Doppelhaushalt ansteigt.

Das zeigt wieder die echte Verbundenheit des Freistaats mit den Kommunen. Wir lassen die Kommunen nicht im Stich. Wir wissen, dass wir die Bezirke entlastet haben und dadurch eine Verringerung bei den drohenden Steigerungen der Kreisumlagen aufgrund der Bezirksumlagensteigerungen erreicht haben. All das war auf Initiative des Ministerpräsidenten nach guten Beratungen damals eine rasche Entscheidung, die den Gemeinden unheimlich viel Entspannung gebracht hat. Wir sind da wirklich sehr gut. Wir sind nach wie vor – ich betone das – das kommunalfreundlichste Land, das es in Deutschland insgesamt gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Durch das Sondervermögen auf der Bundesebene kam ein zusätzlicher Effekt, der eben den Kommunen sehr genützt hat. Das muss man betonen, weil immer wieder untergeht oder bewusst verschwiegen wird, dass es auch entscheidend der Ministerpräsident war, der dafür gesorgt hat, dass diese Gelder nicht nur auf die Landesebene kommen, sondern auch auf die kommunale Ebene durchgereicht werden.

Deshalb gilt hier: 3,3 Milliarden Euro Investitionen im kommunalen Finanzausgleich bleiben im Doppelhaushalt erhalten, und alles, was wir vom Bund bekommen, geht on top. 2026 sind es 3,9 Milliarden Euro, 2027 sind es 1,1 Milliarden Euro. Also sind es 5 Milliarden Euro zusätzlich, weil die anderen Leistungen des Freistaats nicht gekürzt werden. Deshalb ist die Behauptung falsch, da würden irgendwelche komischen Taschenspielertricks gemacht. Das ist schlichtweg falsch. Bayern verwendet den Anteil am Sondervermögen ausschließlich für Investitionen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nachdem wir nicht nur reformieren, sondern auch konsolidieren, will ich abschließend noch erwähnen, dass wir natürlich auch versuchen, beim Staat zu sparen. Der Staat muss da vorangehen. Vieles Richtige wurde gesagt, auch vom Fraktionsvorsitzenden Holetschek, zum Thema Reformen und Entbürokratisierung. Von all dem erwarten wir ja nicht nur mehr Zufriedenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber dem Staat, sondern natürlich auch Einsparungen: Einsparungen an Stellen und an Sachaufwand, gerade durch Digitalisierung und durch KI, durch all diese Dinge. Aber wir machen da jetzt schon ernst. Wir reduzieren die Verwaltungsbetriebsmittel in den beiden Jahren jeweils um 5 %. Wir haben die haushaltsgesetzliche Sperre wieder drin, auf 10 % abgesenkt. Wir haben die Konjunkturvorsorge vollständig eingesetzt.

Wichtig ist, dass wir gerade auch bei den Personalhaushalten ehrlich sein müssen und ehrlich sind. Die Länderhaushalte sind, wie wir alle wissen, zu einem sehr großen Teil Personalhaushalte. Deshalb werden wir im Jahr 2026 keine kostenwirksamen Stellen ausbringen und im Jahr 2027 in den Ministerien weiter das Moratorium beibehalten, werden das allerdings – es wurde schon ausgeführt – bei den Lehrkräften anders machen. Da gibt es dann zusätzliche Stellen. Das ist klar, das wächst ja alles an.

Aber – ich betone das auch – wir übertragen die Ergebnisse der Tarifverhandlungen auf den Beamtenbereich um sechs Monate zeitversetzt. Natürlich würde man lieber sagen: Kein Problem, das machen wir eins zu eins und zum gleichen Zeitpunkt, wie das bisher immer der Fall war.Aber wir müssen eben auch derartige Maßnahmen ergreifen und dabei aber betonen – ich finde, in der Debatte gehört es schon dazu, dass man da ehrlich und fair miteinander diskutiert –, dass es nur eine temporäre Wirkung ist und vor allem eine reine Verschiebung um sechs Monate. Wir machen keine strukturellen Eingriffe.

Man muss sich klarmachen: In Zeiten von steigenden Steuereinnahmen, die jetzt erst einmal hinter uns liegen, haben wir die Beamtenschaft und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst von diesen steigenden Einnahmen immer profitieren lassen. Es war ja nicht so, dass der Staat die Einnahmen hatte und die Beamten

davon nicht profitiert haben. Deshalb muss man eben jetzt an der Stelle diese temporäre Maßnahme treffen, ohne dass wir strukturell eingreifen. Ich betone noch einmal: Die Investitionen im öffentlichen Dienst in den letzten 15 Jahren betrugen ungefähr 40 Milliarden Euro. Da geht es um Besoldung und um den Stellenplan, auch um den Aufwuchs bei den Stellen im Polizeibereich, im Lehrerbereich, in allen Bereichen. Ich glaube, auch das ist fair, wenngleich man versteht, dass derjenige, der betroffen ist, damit nicht zufrieden ist. Aber ich finde, man soll auch hier die Debatte in einer fairen Art und Weise führen.

Meine Damen und Herren, am Ende kann man also sagen: Dieser Haushalt ist insgesamt kein bequemer Haushalt, aber er ist ein tragfähiger Haushalt; denn er fokussiert auf die Zukunftsinvestitionen in den Bereichen, die ganz entscheidend wichtig sind für die Wohlstandssicherung unserer und der nächsten Generationen. Er vermeidet neue Schulden, er verlangt keine blinden Einschnitte, sondern zeigt Augenmaß und Weitsicht und ist ein Investitionshaushalt mit am Ende 17 % Investitionsquote, was schlichtweg extrem beeindruckend ist.

Meine Damen und Herren, deshalb bleibt Bayern, allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz, das Bundesland, in dem man einfach am zufriedensten ist. Bayern ist das Flächenland mit der höchsten Lebenszufriedenheit. Sechs der zehn Regionen mit den besten Zukunftschancen Deutschlands sind in Bayern. 90 % der Menschen in Bayern leben gerne in Bayern, und 85 % sind mit ihren Lebensbedingungen hier zufrieden. Anderswo, in Hessen und NRW, sind es 77 %. Bayern ist unter den Top 10 der Reiseziele der Welt.

Außerdem wächst Bayern, auch das steht im Gegensatz zu den Ausführungen der AfD vorhin: Bayern schrumpft nicht. Hier zieht auch keiner weg, sondern Bayern wächst. Wir werden uns in den nächsten 15 Jahren in Richtung 14 Millionen Einwohner steigern. Das alles ist letztendlich eine Abstimmung mit den Füßen darüber, dass es in Bayern gut läuft, dass es in Bayern besser läuft als anderswo.

Ausdruck dieses Zustands ist auch dieser Doppelhaushalt, zu dem ich heute um Ihre Zustimmung bitte.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Für die erste hat der Kollege Toni Schuberl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Staatsminister, Sie rühmen sich wegen des hohen Photovoltaikanteils. Dazu ein Faktencheck: Die Energiewende, den Siegeszug der "Freiheitsenergien", wie sie der GRÜNE Hans-Josef Fell genannt hatte, hat Rot-Grün vor über 20 Jahren eingeleitet, und zwar gegen den erbitterten Widerstand der Bayerischen Staatsregierung, gegen den erbitterten Widerstand der CSU. Die Bürger in Bayern haben trotzdem Photovoltaik installiert. Dass wir jetzt die meisten Anlagen haben, liegt an der Weichenstellung durch Rot-Grün

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

und am Sonnenreichtum des Flächenlands Bayern; das war gegen Ihren Willen. Kaum war die CSU im Bund wieder an der Macht, wurde Photovoltaik ausgebremst. Robert Habeck hat das wieder nach oben gebracht. Sie bremsen schon wieder.

(Martin Wagle (CSU): So ein Quatsch!)

Den Ausbau von Windkraft haben Sie sabotiert. Robert Habeck musste Sie erst gesetzlich dazu zwingen, sie zu akzeptieren. Auch den Bau von Stromleitungen haben Sie sabotiert.

(Martin Wagle (CSU): Schmarrn!)

Das ist Ihre Bilanz. Schmücken Sie sich nicht mit fremden Federn.

(Robert Brannekämper (CSU): Glauben Sie das wirklich, Herr Kollege?)

Die Freiheitsenergien sind unsere Zukunft, und wir GRÜNE werden sie auch weiterhin gegen die CSU verteidigen und voranbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Kollege Schuberl, wissen Sie, was an Ihnen einfach so sympathisch ist? – Nichts!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Eine Frage habe ich nicht gehört, sondern die Fortsetzung der Fake News von vorher.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Lesen Sie einfach einmal die offiziellen Aufstellungen der Bundesregierung, egal welche Quellen, wenn Sie unseren schon nicht trauen. Lesen Sie es einfach, und dann werden Sie sehen: In Ihrer ideologischen Welt hat sich einfach manches verzerrt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. Für eine weitere Zwischenbemerkung hat der Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben ja gerade über Visionslosigkeit philosophiert. Ich finde, auf Ihre Autopolitik passt ein abgewandeltes Zitat von Wilhelm II: Das E-Auto ist eine vorübergehende Erscheinung. Wir als CSU setzen auf den 1883 erfundenen Verbrenner.

(Zurufe des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und des Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU))

Bei den Windrädern will ich dem Kollegen Schuberl beipflichten. Baden-Württemberg hat seit 2023

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

jedes Jahr doppelt so viele Windräder gebaut wie Bayern. 2026 sind es 15, in Bayern 3. Angesichts der Tatsache, dass Sie uns mit der 10-H-Regelung beim Ausbau der Windkraft um mindestens zehn Jahre zurückgeworfen haben, möchte ich jetzt von Ihnen wissen, ob Sie gemeinsam mit uns die gefährlichen Pläne von Katherina Reiche bekämpfen, die für Bayern und den Ausbau der Erneuerbaren schweren Schaden bedeuten würden.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr von Brunn, ich würde mal sagen: Wenig gewusst, und noch weniger dazugelernt.

(Heiterkeit bei der AfD – Widerspruch bei der SPD)

– Nein, das ist einfach ein Musterbeispiel. Ihre Fragestellung, Ihre Wortmeldung ist ein Musterbeispiel dafür, wie Ideologie vernünftige Lösungen einfach unmöglich macht.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Keine Argumente!)

Der Punkt ist, dass Sie die Dinge einfach völlig verdrehen. Niemand von uns sagt: Wir wollen keine Elektromobilität. Ein kleiner Fakten- und Praxischeck wäre hilfreich: Wie ist die Realität? Wie funktioniert eine Transformation?

(Florian von Brunn (SPD): Sagen Sie es!)

– Sie funktioniert nicht, indem ich einfach par ordre du mufti, per Gesetz, Technologie verbiete, sondern indem ich mich dem Markt und den Marktgegebenheiten anpasse,

indem ich den Markt auch durchaus beeinflusse, mit entsprechender Förderung und Ähnlichem. Aber Sie haben es noch nie erreicht, dass Sie mit gesetzlichen Regelungen Innovation geschaffen haben, sondern im Gegenteil: Sie haben es immer verhindert.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Genau das ist die falsche Denke. Ich bin froh, dass in Berlin in der SPD Leute sind, die deutlich konstruktiver sind als Sie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Das Wort hat nun noch der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Jetzt kommen neue Erkenntnisse!)

Volkmar Halbleib (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt lange genug zugehört, aber ein paar Punkte müssen einfach klargestellt werden. Zur Investitionsquote von 17 %: Ich habe selber eine Anfrage zum Plenum gestellt, und die Antwort des Finanzministeriums auf meine Frage, wie hoch die Investitionsquote ist, wenn man die Bundesmittel herausrechnet, war, dass man dann bei 12,2 % Investitionsquote ist.

(Martin Wagle (CSU): Geld ist Geld!)

Das ist nicht der Anspruch des Freistaats Bayern. Diese hohe Investitionsquote kommt zustande durch das Sondervermögen des Bundes und die Bundesleistungen, die in diesen Haushalt fließen. Erster Punkt.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): So ein Quatsch!)

– Natürlich ist es so.

(Michael Hofmann (CSU): Was willst du denn da richtigstellen? Das haben wir doch alles erzählt! Das haben wir doch nicht bestritten!)

Zweiter Punkt. Natürlich haben wir einen riesigen Investitionsstau. – Der zuständige Minister ist ja zumindest dagewesen. Jetzt hat er den Saal wieder verlassen. – Bei Uniklinika, Universitäten und Hochschulen haben wir einen riesigen Sanierungsstau in Höhe von zehn Milliarden Euro.Da kann die Hightech Agenda natürlich ein wichtiger Punkt sein; das unterstützen wir auch, nur wird der Sanierungsstau an den Unikliniken und den Universitäten dadurch nicht aufgelöst.

Dann werden Tricks versucht, nämlich Baugesellschaften zu gründen, damit man aus dem Haushalt herauskommt. Das ist doch keine solide Haushaltspolitik für die Investitionen im Freistaat Bayern.

(Michael Hofmann (CSU): Volkmar, die zwei Minuten hätte man besser verwenden können!)

– Lieber Kollege Hofmann, jetzt sind Sie dran, wunderbar. Dritter Punkt. Sie haben davon gesprochen, dass der Finanzkraftausgleich von den anderen Ländern verbockt worden ist.

(Michael Hofmann (CSU): Weil sie nichts leisten!)

Ich erinnere mich daran, dass von diesem Rednerpult aus der heutige Ministerpräsident Söder und der damalige Ministerpräsident Seehofer den neuen Finanzkraftausgleich in höchsten Tönen gelobt und als Vorteil für den Freistaat Bayern als Ergebnis von Verhandlungsgeschick noch und nöcher gepriesen haben. Das Weihrauchschwenken war noch lange hier im Saal zu riechen. Das ist Ihre Haltung zum Länderfinanzausgleich. Sie haben ihn selbst so verhandelt und beschweren sich kurze Zeit später über Ihr Verhandlungsergebnis. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Vielleicht noch eine Nebenbemerkung, nicht zum Haushalt. Die Ergebenheits- und Treueschwüre gegenüber dem Ministerpräsidenten, die ich heute gehört habe, lassen darauf schließen, dass sie offenkundig notwendig waren.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bleiben Sie gerade noch am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu hat der Kollege Michael Hofmann, CSU-Fraktion, das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Lieber Herr Kollege Halbleib, die zwei Minuten hätte man deutlich besser investieren können.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich habe Sie zitiert! Besser geht es nicht!

Michael Hofmann (CSU): Weil Sie den Länderfinanzausgleich oder den Finanzkraftausgleich ansprechen, der verhandelt worden ist: Sie müssen doch anerkennen, dass Sie damals, als wir den verglichen bzw. vereinbart haben, schon dagegen waren, dass wir überhaupt in die Verhandlungen gehen. Sie haben auch nichts dazu beigetragen, auch nicht in Ihrer SPD, dass die anderen Bundesländer sich in dem Zusammenhang mehr angestrengt hätten. Das ist, was verbockt wird.

Wir schließen ständig Vereinbarungen mit anderen Bundesländern und stellen fest, dass sie hinter ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zurückbleiben. Wenn man ständig Verträge schließt, die anschließend nicht gelebt werden, ist es überhaupt keine Frage, dass man irgendwann dagegen klagen muss. Wir sind nur noch zu viert. Es ist doch kein Wunder, dass zwölf sagen, wir wollen den Finanzkraftausgleich beibehalten wie bisher. Da sind auch Ihre Ministerpräsidenten dabei, die sagen: Nein, wir wollen nichts ändern. – Hier stellen Sie sich hin und heulen Krokodilstränen. Das ist doch nicht überzeugend, Herr Kollege. Räumen Sie in Ihrer eigenen Partei auf; dann geht es in Bayern voran.

(Beifall bei der CSU)

Volkmar Halbleib (SPD): Lieber Kollege Hofmann, ich sage nur so viel: Ich empfehle Ihnen, die damaligen Plenarreden in diesem Haus nachzulesen. Dann würden Sie nicht so feurig antworten,

(Widerspruch bei der CSU)

sondern demütig einräumen, dass ich in meiner Feststellung absolut recht habe.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben uns kritisiert!)

Wenn man bei anderen Bundesländern dadurch Überzeugungsarbeit leisten will, dass man gleich Vorschläge zur Auflösung dieser Bundesländer auf den Tisch legt, wenn man alle Möglichkeiten nutzt, um andere Bundesländer vor den Kopf zu stoßen,

(Michael Hofmann (CSU): Ich bin froh, dass Sie nicht verhandeln!)

wundert mich Ihre Verhandlungsstrategie, auf die Sie sich jetzt berufen. Fakt ist, Sie haben diesen Länderfinanzausgleich, diesen Finanzkraftausgleich selbst verhandelt, sind nicht in den Landtag gekommen und haben gesagt "Das war halt, was zu erreichen ist", sondern haben sich über den Schellenkönig gelobt. Nehmen Sie es halt mal so, wie es ist. Sie haben jedes Mal den Länderfinanzausgleich verhandelt und ihn kurze Zeit später wieder beklagt, um landespolitisches Futter zu haben.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr müsst mal aufräumen bei euren Ministerpräsidenten!)

Das ist die Wahrheit beim Länderfinanzausgleich. Der sollten Sie sich irgendwann einmal auch stellen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für Ihre Antwort. – Danke.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10089 mit 19/10109 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/11322. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/11322 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ebenso anzeigen. – Dass sind die SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die AfD-Fraktion. Gibt es einzelne Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> "Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und AfD, also das gesamte Hohe Haus. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Nein. Einzelne Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/11322 weise ich darauf hin, dass auch die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10107 mit 19/10109 ihre Erledigungen gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 02 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt **3**

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 02 03 Tit. 536 03)
   Drs. 19/10089

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kosten des Bürgerbeauftragten
   (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 19/10090

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
   Drs. 19/10091

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 535 01)
   Drs. 19/10092

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung I:
   Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 02 03 Tit. 536 03)
   Drs. 19/10093

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung II:
   Kosten des Bürgerbeauftragten
   (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 19/10094

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung III:
   Kosten des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe
   (Kap. 02 03 Tit. 536 05)
   Drs. 19/10095

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Ausgaben des Büros des Freistaates Bayern in Kiew
   (Kap. 02 03 Tit. 541 53)
   Drs. 19/10096

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Ausgaben des Bayerischen Afrikabüros in Addis Abeba
   (Kap. 02 03 Tit. 542 53)
   Drs. 19/10097

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, insbesondere der Eine-Welt-Arbeit
    (Kap. 02 03 Tit. 682 53)
    Drs. 19/10098

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
    (Kap. 02 03 Tit. 685 53)
    Drs. 19/10099

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung der internationalen Beziehungen des Freistaates Bayern (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
Drs. 19/10100

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“ (Kap. 02 03 Tit. 698 54)
Drs. 19/10101

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Filmförderung I: Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen (Kap. 02 04 Tit. 861 01)
Drs. 19/10102

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Filmförderung II: Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen (Kap. 02 04 Tit. 861 02)
Drs. 19/10103

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Filmförderung III: Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von internationalen und digitalen Filmproduktionen (Kap. 02 04 Tit. 861 03)
Drs. 19/10104

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Förderung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Medienbereich (Kap. 02 05 Tit. 686 09)
Drs. 19/10105

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Stärkung und Vernetzung des Medienstandorts (Kap. 02 05 Tit. 686 10)
Drs. 19/10106